# Der FUNKE

# TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

"Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr Anzelgenpre nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichke Redaktion und Verlag: Berlin SW 10, Inselstr. 8a, Fernruf: F 7 Januowitz 5909.
Postscheckkonto Berlin Nr. 804 60 (Internationale Verlagaanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 313 A

BERLIN • Freitag, den 3. Februar 1933

2. JAHRGANG

# Her mit der Roten Eisernen Front!

# Rote Front und Eiserne Front verboten!



F. G. "Begeisterung ist keine Heringsware, die man einpökelt auf einige Jahre". Das gilt auch für die Fackelzug-Begeisterung der Hitler-Anhänger. Also schnell noch einmal zum kürzesten Termin gewählt!

Aus mancherlei Umständen kann geschlossen werden, daß die Auflösung des Reichstages ein Verlegenheitsprodukt der Regierung Hitler ist. Auf die sehr konkreten Fragen des Zentrums wird Hitler keine konkreten Antworten geben. Denn es

wird gemeldet, daß der Reichskanzler in seinem Antwortschreiben an Kaas den Standpunkt vertritt, "daß die Stel-

Mehrheit ohne das Zentrum in diesem Wahlkampf gewinnt, ist mindestens sehr zweifelhaft. Aber vielleicht will Hitler während des Wahlkampfes die KP verbieten, um auf dem Wege vielleicht der völligen Ausschaltung der KP aus dem Wahlkampf sich eine Mehrheit zu verschaffen.

Schon bei dieser Erwägung zeigt sich, wie nötig es ist, daß die KPD mit der SPD von voruherein ein festes Wahlbündnis schließt, um auch gegen solche heimtückischen Eventualitäten gerüstet zu sein, durch einfache, vernünftige Maßnahmen.

Die Notwendigkeit einer Einheitsfront zeigt sich um so gebieterischer, als auch der Unterdrückungsfeldzug des Polizeipräsidenten sowohl gegen KP als auch gegen SP gerichtet ist.

# Mordsturmführer wird im Dom aufgebahrt.

Der in der Nacht zum Dienstag in Charlottenburg erschäffene Polizeiserwachtmeister und der Schäffen Maik owak i werden, wie die Beamten-Korrespondenz mitteilt,
am 4. Februar, von 9.80 bis 16.00 Uhr, im Berliner Dom aufgebahrt. Beide erhalten ein Staatsbegräbnis, und beide erhalten eine Ehrenwache der Berliner Schutzpolizei. Am Somtag, dem 5. Februar, findet im Berliner Dom für beide eine
Trauerfeier unter Anwesenheit von Vertretern der Reichsund kommissarischen Staatsregierung statt. Anschließend
daran werden beide nach dem Luisenstädtischen Friedhof in
der Bergmannstraße überführt, von wo der Polizeibeamte
nach seiner schlesischen Heimat im Auto weiter überführt

wird. Für die gesamte Berliner Polizei wird, soweit möglich, Bienstbefreiung gewährt.

Diese Provokation der gesamten ördentlichen Bevölkerung, den berüchtigten Mordsturmführer durch ein Staatsbegräbnis zu ehren, kann man nicht anders deuten, als daß hier die Arbeiterschaft so auf die Probe gestellt werden soll, daß ihr beim besten Willen kaum noch der Geduldsfaden halten kann. Daß die Kirche ihr wichtigstes Gebäude zur Aufbahrung dieses Mörderführers hergibt, ist ihre Sache und nötigt hoffentlich den letzten Arbeiter, diesen Verein zur Begünstigung nationalistischer Interessen zu verlassen.

lung der 15 Fragen durch die Zentrumsfraktion von vornherein eine Ablehnung der vom Kanzler an die Zentrumsvertreter gerichteten Frage bedeute,

ob sie eine Vertagung des Reichstages von einem Jahr hinnehmen würden".

Auch aus dem Aufruf der Reichsregierung (den wir an anderer Stelle bringen) ist bei aller Länge als Antwort auf diese Fragen nichts zu entnehmen. Dieser Aufruf ist ein echter Hitlerscher Erguß von Ehre, Treue, deutschem Gott und Vaterland mit Fackelschein.

Neben der bei Hitler selbstverständlichen "Ueberwindung der kommunistischen Zersetzung Deutschlands", will "die nationale Regierung" nach undeutschem Vorbild "mit zwei großen Vierjahresplänen" die "Rettung des deutschen Bauern" und die "Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit" durchführen. Es wird weniger versprochen als vielmehr befohlen: "Binnen vier Jahren muß der deutsche Bauer der Verelendung entrissen sein. Binnen vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein."

Das, was vernünftige Menschen einen Plan nennen, nach dem man also kontrollieren könnte, ob eine Aussicht besteht, daß das gewiß erstrebenswerte Ziel der Regierungserklärung die Rettung des deutschen Arbeiters und Bauern aus der Krise - erreicht werden kann - ein solcher Plan wird in der ganz ausführlichen Predigt des Chefs der deutschen Reichsregierung nicht vorgelegt. Wir vermuten deshalb, daß diese Regierung einen solchen Plan gar nicht hat, sondern daß sie die willkürlich herausgegriffenen vier Jahre nur benutzen möchte, um unausbleiblichen Enttäuschungen ihrer Anhänger durch den Hinweis zu entgehen, daß ja die vier Jahre die sie sich zur Rettung ausbedungen habe, noch längst nicht vorüber seien. Mag sein, daß dabei auch der Gedanke mitspricht, daß, da ja alle Wirtschaftskrisen schließlich, wie alles andere, einmal ein Ende gefunden haben, auch diese schließlich auf die eine oder andere Weise zu Ende gehen würde und dann Herr Hitler und seine Freunde mit wohlgefälligem Schmunzeln sagen könnten: Das ist unser Werk!

Zunächst wird jedenfalls erst mal gewählt am 5. März, bis dahin wird die Begeisterung wohl reichen — meint Hitler offenbar. Diese Spekulation kann richtig sein. Aber damit ist nur ein vorläufiges Ausweichen vor der Beantwortung der Fragen gewonnen. Daß die Regierung Hitler Papen - Hugenberg eine parlamentarische

Daß Hitler seine Wahlstimmen und seine Mandate im Reichstag vermehrt, ist möglich, aber nur auf Kosten der anderen bürgerlichen Parteien, vor allem vielleicht der Deutschnationalen. Damit würden sich die Gegensätze im Regierungslager sicher verschärfen.

Es muß damit gerechnet werden, daß die Zeit der Wahlen benutzt wird, um durch Terrormaßnahmen die Wahl zu beeinflussen, oder gar die Aussetzung der Wahlen auf diese Weise herbeizuführen.

Mögen es nun Schwierigkeiten innerhalb der Harzburger Front sein, die dazu geführt haben, daß der Reichstag aufgelöst wurde, weil in der überstürzt zustande gekommenen Regierung bis zur Stunde keine Einigung über die Grundzüge eines gemeinsamen Regierungsprogramms erreicht wurde, oder mag Hitler in der Hand Hugenbergs zu viel Macht vereinigt sehen und eine Revision dieser Machtverteilung herbeiführen wollen —

Hitler unmittelbar am Staatsapparat zu wissen, ist Gefahr genug für die Arbeiterschaft, die Kraft der Arbeiterklasse in einer geschlossenen Front zu konzentrieren, um allen Situationen gewachsen zu sein.

Konkret gesprochen, heißt das für den bevorstehenden Wahlkampf:

SPD und KPD müssen einen Nichtangriffspakt schließen.

Das ist das Mindeste, was jetzt zu geschehen hat. Darüber hinaus müssen für den Wahlkampf Vereinbarungen getroffen werden über den rationellsten Einsatz finanzieller und physischer Kraft. Dem geschlossenen Wahlkampf der Reaktion muß die Geschlossenheit der Arbeiterfront mindestens entsprechen und die intensivste persönliche Werbe- und Aufklärungsarbeit muß die Illusionen über die Hitlerei aus den Köpfen wenigstens der Arbeiter beseitigen.

Die Führung eines solchen Wahlkampfes ist auch die beste Vorhereitung einer unüberwindlichen "Roten Eisernen Front" in den kommenden außerparlamentarischen Kämpfen.

Dies betonen wir besonders denen gagenüber, die vielleicht mit Geringschätzung auf den bevorstehenden Wahlkampf sehen, weil sie meinen, Hitler werde sich nicht um die parlamentarischen Entscheidungen kümmern, und die deshalb unsere Vorschläge für einen Ausfluß von parlamentarischem Kretinismus halten.

# Mit "traumwandlerischer Sicherheit" . . .

Rpt. Eine ökonomische Kritik an Hitlers Regierungskundgebung kann nur eine Kritik an Andeutungen sein. Denn mehr als Andeutungen hat der braune Kanzler nicht gemacht, der nach seinen eigenen Angaben ein fertiges Programm zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise in seinem Schreibtisch liegen hat. Wir vermuten, daß er jenes Programm deshalb noch nicht der Oeffentlichkeit preisgeben darf, weil es erst noch von dem Wirtschaftsdiktator Hugenberg durchgesehen und korrigiert werden muß. Der Rotstift des oberkapitalistischen Zensors wird da ein weites Tätigkeitsfeld finden!

In Hitlers Regierungskundgebungen ist von vier Jahren die Rede, innerhalb deren die Arbeitslosigkeit beseitigt und die Not der Bauern überwunden werden soll. Gut und schön! Doch was soll innerhalb dieser Frist geschehen? Wir hören vorläufig nichts als zwei Schlagworte: Arbeitsdienst und Siedlung.

# Arbeitsdienst.

Unterrichten wir uns über den Arbeitsdienst, wie Hitler ihn auffaßt, an erster Quelle. Lesen wir nach in der Programmschrift: "Der deutsche Staat auf nationaler und Arbeitaler Grundlage" von Gottfried Feder (7. Anflage, 35. bis 34. Tausend, 1932). Vom Inhalt dieser Schrift kann Hitler sich nicht so leicht losmachen; denn in einem "Begleitwort" hat er über die Schrift Feders ausdrücklich geschrieben: "Das Schrifttum unserer Bewegung hat damit seinen Katechtsmus bekommen."

In diesem Katechismus heißt es auf Seite 68: "Wir erblicken in dem Gedanken der Arbeitsdienstpflicht einen vollwertigen Ergänzungsgedanken zum Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht." — Der als Reichskommissar für Arbeitsdienst laut "Völkischem Beobacher" in Aussicht genommene nationalsozialistische Oberst Hierl wird für eine entsprechende Durchführung des Arbeitsdienstes sieher Sorge tragen!

Was bedeutet aber der Arbeitsdienst ökonomisch? Auch darüber gibt der Katechismus genaue — eine für den Reichskanzler Hitler peinlich genaue — Auskunft: "Gerade das Unternehmertum im guten Sinne wird eine solche Einrichtung begrüßen und keineswegs als Konkurrenz auffassen. Eine Konkurrenz kann ein solches Heer der Arbeit schon um deswillen nicht sein, weil erfahrungsgemäß jede produktive wirtschaftliche Betätigung des Staates zu stark mit dessen Beamtenapparat belastet sein muß, weil das Einstellen und Einlernen der jungen ungeübten Kräfte zu viel Nutzessekt auffrißt." (Seite 68.)

Kurz: Laut Katechismus handelt es sich nicht um eine wirtschaftspolitische, sondern um eine wehrpolitische Maßnahme.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kommt der Arbeitsdienst nur insofern in Frage, als er freie Arbeiter vom Arbeitsmarkt dadurch wegnimmt, daß er sie in Arbeitssklaven des Staates verwandelt. Bleibt die peinliche Frage: Wer bezahlt das Ganze? Auf solche Fragen gibt der Katechismus in Fettdruck auf Seite 113 die Auskunft: "Alle großen staatlichen Neuschöpfungen finanziert der Staat kraft seiner Finanzhoheit und nach Genehmigung durch die Volksvertretung unter strengster Vermeidung des Anleiheweges durch direkte Bereitstellung der Mittel im Wege des bargeldlosen Ueberweisungsverkehrs oder durch Ausgabe unverzinslicher Staatskassenscheine."

Kurz: Der Staat zahlt das Ganze mit Hilfe von Notendruck.

Auf die Einzelheiten des Feder-Planes gehen wir hier deshalb nicht ein, weil wir vermuten, daß der Wirtschaftsdiktator den Katechismus des "Führers" in diesem Punkt sofort außer Kraft gesetzt hat. Hugenberg wird es klüger anfangen!

# Und Siedlung?

Daß Hitler Siedlung als Mittel zur Besserung der Wirtschaftslage nennt, nimmt nicht Wunder. Denn wer fordert heute in Deutschland nicht Siedlung? Keine Forderung ist seit Jahren in Deutschland in so vielen Parteiprogrammen von links! bis rechts verankert worden wie gerade die Siedlung. All' diese schönen Programme blieben bloße Makulatur; denn gegen sie richtete sich die noch immer stärkste politische Macht in Deutschland: die ostelbischen Junker.

Zur Siedlung braucht man Land. Dieses Land kann in Deutschland außer von Staatsdomänen nur vom Großgrundeigentum genommen werden. Beim Konkurs großer Güter fällt Siedlungsland an. Solche Konkurse und solches Frei-

werden von Siedlungsland wurden bisher durch ein kompliziertes System von Maßnahmen so gut wie völlig verhindert. Schleicher hat trotz des Protestes der Junker eine Lücke in diesem System gelassen. Er gab den von der Osthilfe als sanierungsunfähig bezeichneten Gütern keinen Vollstrekkungsschutz (keinen Schutz gegen den Besuch des Gerichtsvollziehers und gegen Zwangsversteigerungen). Ueber diese Weigerung und über seinen verschiedenen Siedlungsplänen ist er, ähnlich wie Brüning, gestürzt. Es war also nicht zu erwarten, daß Hugenberg nun den Konkurs von großen Gütern und damit das Freiwerden von Siediungsland beschleunigt!

Und richtig! Hugenberg orklärte bereits nach kaum zweitägiger Regierungszeit bei einem Empfang von Graf Kalckreuth, dem Präsidenten des Reichslandbundes, und Dr. Brandes, dem Vorsitzenden des Reichslandwirtschaftsrates, laut Meldung von Hugenbergs Telegraphen-Union, daß er den schon im Dezember 1930 für die östlichen Provinzen von ihm im Reichstag eingebrachten Entschuldungsplan, nachdem nunmehr die landwirtschaftliche Not das ganze Land ergriffen hätte, als Gesetzentwurf für die gesamte Landwirtschaft im Reichskabinett nach entsprechender Anpassung an die veränderte Lage zur Beschlußfassung bringen werde. Die leider (!) zum Teil auf anderen Grundlagen ein-

geleiteten Entschuldungsmaßnahmen im Osten sollten dem generellen Plan angepaßt werden. Für die Zeit, bis zu der das neue Gesetzgebungswerk wirksam werden könne, solle ein Vollstreckungeschutz Platz greifen, über den inzwischen in seiner Unterhaltung mit ostpreußischen Landwirten auch der Reichskanzler Hitler Andeutungen gemacht habe.

Kurz: Die Bereitstellung von Siedlungsland in Deutschland soll weiterhin verhindert werden.

Wo also will Hitler siedeln? Welche Gegend bleibt dafür tibrig? Es bleibt statt des Landes in Ostdeutschland das Land östlich von Deutschland! "Zur Erringung seines Zieles darf er auch vor Blut und Krieg nicht zurückschrecken", also steht geschrieben über "die Eigenschaften des Führers" im Katechismus. (Seite 31.)

Unter diesen Eigenschaften steht ferner eben dort verzeichnet: "Eine geradezu traumwandlerische Sicherheit bei allen seinen Entschließungen müssen ihn auszeichnen." (Seite 30.)

· Der Diktator Hugenberg wird also gut tun, seinen vielfältigen Einrichtungen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung eine besondere Abteilung zur Beeinflussung des traumwandlerisch sicheren Führers anzugliedern. Auf ein Zeitungsinserat hin melden sich gewiß genügend ausgebildete

Hypnotiseure!

Gefährlicher Beginn des neuen Jahres.

Berenger, der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des französischen Senats, und Messimy, der Vorsitzende des Heeres-Ausschusses, haben am Mittwoch in ihren Ausschüssen Erklärungen über die augenblickliche Lage abgegeben.

Berenger sagte, daß, sich das Jahr 1933 für die französische Außenpolitik sehr geführlich ankündige. In Europa beunruhige der aggressive Revisionsgeist gewisser Mächte, in Amerika hätte die Kriegsschuldenfrage ernste Meinungsverschiedenheiten heraufbeschworen, und im Fernen Osten gefährde der japanisch-chinesische Konflikt die Entwicklung des französischen Werkes.

Der Vorsitzende des Heeres-Ausschusses betonte, daß die Rüstungsausgaben nicht herabgesetzt werden dürften, solange Frankreich keine ernsten Sicherheitsbürgschaften erhalten habe. Frankreich müsse sich jeder Schwächung seiner Heeresstärke widersetzen, die nicht mit der augenblicklichen Lage in Einklang gebracht werden könne.

Der Vorsitzende des Marine-Ausschusses bestand darauf, daß die Entwicklung der Kriegsmarine nicht gehindert werden dürfe, da sie einen der Hauptpfeiler der französischen Verteidigung darstelle.

Gleichsam zur Unterstreichung der Feststellung Berengers, daß das neue Jahr sich gefährlich ankundige, hat der neue Reichswehrminister, von Blomberg, einen

Aufruf an die Reichswehr

erlassen, in dem es heißt:

"Ich übernehme das Amt mit dem festen Willen, die Wehrmacht nach dem Vermächtnis meiner Amtsvorgänger als überparteiliches, Machtmittel des Staates zu erhalten sie durch Forderung aller sul die and he abnerviere

Wehrertüchtigung des Volkes hinzielenden Bestrebungen zu unterbauen und sie in absehbarer Zeit zum

vollwertigen Bürgen der nationalen Sicherheit des Vaterlandes

zu machen."

Der Platz an der Sonne.

Der "Intransigeant" veröffentlicht ein Interview mit Dr. Funk, dem neuen Leiter der Pressestelle der Reichsregierung, der in seinen Ausführungen über die deutsche Außenpolitik sagte:

"Die Erfüllungspolitik, die wir stets bekämpft haben und die Deutschland immer mehr in das nationale und wirtschaftliche Chaos hineingeführt hat, muß aufgegeben werden. .. Von zuständiger Stelle ist bereits bekräftigt worden, daß die neue Regierung den Wunsch hat, in Frieden und Freundschaft mit der ganzen Welt zu leben und ihre friedlichen Ziele auf friedlicher Grundlage zu verfolgen. Unsere Politik wird nur gegen diejenigen Staaten gerichtet sein, die sich der Verwirklichung der gerechten Forderungen des deutschen Volkes widersetzen. ... Wir eröffnen einen Prozeß gegen Unbekannt und haben als Gegner nur diejenigen, die uns verübeln, daß wir den Platz an der Sonne einnehmen

Der Kommissar für Luft-Aufrüstung.

Im "Aeroklub von Deutschland" hielt Göring, der neue "Reichskommissar für Luftfahrt", eine Rede, in der er

Das nene Kabinett habe bei seiner ersten Sitzung einmütig und eindeutig den Willen zum Ausdruck gebracht, der

# Nanking drängt auf Entscheidung.

Die chinesische Regierung hat an den Präsidenten des 19er-Ausschusses des Völkerbundes ein offizielles Schreiben gerichtet, in dem der Antrag gestellt wird, unverzüglich einen endgültigen Zeitpunkt für den Abschluß des Verfahrens und der endgültigen Stellungnahme des Völkerbundes zum japanisch-chinesischen Konflikt festzusetzen. Die chinesische Regierung betont in dem Schreiben, daß sie eine weitere Hinauszögerung der endgültigen Entscheidung angesichts der fortgesetzten japanischen Angriffe als untragbar ansehe. Gegenwärtig seien drei japanische Divisionen mit insgesamt 80 000 Mann zu dem bevorstehenden Angriff und der Besetzung der Provinz Jehol herangebracht worden. Neue blutige Zusammenstöße zwischen den japanischen und chinesischen Truppen ständen bevor. Eine sofortige Entscheidung des Völkerbundes sei unerläßlich.

Politischer Mord in Nanking. Am Mittwoch wurde der Nankinger Vertreter der in Schanghai erscheinenden "China Times", Wang Wei-San, in einem Auto entführt und vor der Stadt erschossen. Die Täter legten neben der Leiche einen Zettel nieder, in dem sie erklären, daß Wang Wei-San trotz wiederholter Warnungen der Geheimorganisation "Blutsbrüder" weiter mit den Japanern geheime Verbindungen unterhalten haben.

Verschiedene Attentate auf Eisenbahnen sind in der Nähe von Cordoba in Spanien wieder verübt worden. Einige Male wurden Züge zum Stehen gebracht und beschossen. Ernstere Zwischenfälle haben sich jedoch nicht ereignet.

deutschen Luftfahrt den erweiterten Finanziellen Rahmen zu geben, der

ihrer Bedeutung für die Sicherheit des Volkes zukomme, und habe sich ausdrücklich bereiterklärt, ein eigenes Hoheitsgebiet für die Luftfahrt zu schaffen. Es gelte im Innern des Landes das Bestehende auszubauen, die zerrissene Kraft des Volkes in der Luftfahrt zur gemeinsamen Arbeit zusammenzuschweißen und

im Auslande die Fesseln

abzustreifen, die der deutschen Fliegerei noch anhafteten.

Die vornehmste Aufgabe des neuen Amtes sei es, im Gedenken an die zahlreichen toten Kameraden auch in der Fliegerei ein Deutschland der Ehre, Würde und Freiheit zu

das wiederauferstehen möge, wie es einst gewesen sei.

.. es geht nicht um die Frage Auf- oder Abrüstung, sondern es geht um die Sicherheit des deutschen Volkes, die über allem stehen muß.

Zum ersten Jahrestag der Abrüstungskonferenz wurde dem britischen Ministerpräsidenten, dem Außenminister und den britischen Vertretern in Genf ein Aufruf überreicht, der von 83 Vertretern der Gewerkschaften, Kirchen und verschiedenen religiösen Verbänden unterzeichnet ist und in dem es u. a. heißt:

"Wir sind aufs tiefste enttäuscht durch den unverhältnismäßig geringen Fortschritt, den die Abrüstungskonferenz im Jahre 1932 gemacht hat. Wir erachten die Abritstungsvorschläge gewisser Mächte, besonders diejenigen Frankreichs, Englands und Japans, als weit unter den Hoffnungen und Wünschen der Welt und den wirklichen Notwendigkeiten der Lage stehend." Welter wird ausgeführt, daß die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigungsforderung, die die Rückkehr Deutschlands zur Abrüstungskonferenz sichergestellt habe, schärfer als je die Wahl zwischen Aufrüstung und Abrüstung unterstreiche. Die unterzeichneten Organisationen und ein großer Teil des englischen Volkes würden die englische Regierung in einer Politik der dringenden internationalen Abrüstung unterstützen, die die Gleichbehandlung nicht durch die Wiederbewaffnung der jetzt den Friedensverträgen unterworfenen Staaten, sondern durch die Abrüstung der schwer bewaffneten Mächte, herbelführt,

Das Mandat des vorläufigen Völkerbundskommissars in Danzig, Rosting, wurde vom Völkerbundsrat bis zum 15. Oktober 1933 verlängert. Von den Vertretern Englands, Frankreichs und Deutschlands wurde die baldige Einsetzung eines dauernden Kommissars gefordert, die bekanntlich darum auf Schwierigkeiten stößt, weil die polnische Regierung sich weigert, einen Vertreter einer Großmacht auf diesem Posten anzuerkennen.

# Inflation in Dänemark.

Wie alle bürgerlichen Zeitungen übereinstimmend mitteilen, muß sich die Bevölkerung jetzt auf eine empfindliche Preissteigerung auf der ganzen Linie vorbereiten. Wie der Vorsitzende des Grossistenverbandes erklärte, werden die Großhandelspreise für Kolonialwaren, Textilien sowie auch für landwirtschaftliche Erzeugnisse noch im Laufe dieser Woche ansteigen. Der Brotpreis soll im Februar noch nicht erhöht werden. Wie die Verwaltung des Post- und Telegraphenwesens ankündigt, werden wahrscheinlich auch die Auslands-Telegramm und Telephongebühren und möglicherweise auch das Briefporto erhöht werden.

Gerüchte, wonach der Innenminister, der der demokratischen Partei angehört, und bisher ein Gegner der Inflationspolitik der Regierung Stauning war, zurücktreten werde,

bewahrheiten sich nicht.

# Vertrauen im Parlament, Mißtrauen im Land.

Die außerordentlichen Vollmachten der beigischen Regierung.

In der belgischen Kammer fand am Mittwoch eine Aussprache über die Steuer- und Zollerhöhungen statt, die die Regierung auf Grund der ihr durch ein Ermächtigungsgesetz ausgestellten außerordentlichen Vollmachten erlassen hat... Die Sözialisten brächten einen Mißtrauensantrag ein der mit 95, gogen 75 Stimmen abgelehnt wurde. Mit der gleichen Stimmen-zhl eprach die Kammer der Regierung ihr Vertrauen aus und ermächtigte sie dadurch zur weiteren Anwendung der außerordentlichen Vollmachten.

Die Sozialisten brachten ferner eine Interpellation ein gegen die Verordnung des "liberalen" Kriegsministers, Devèze, durch die den Soldaten der Postbezug des sozialistischen Parteiorgans "Le Peuple" verboten wird. Der Kriegsminister erklärte daraufhin,

die Armee sei nicht so ruhig, wie sie sein sollte, und daran seien die Sozialisten schuld. Durch die sozialistische "Junge Garde" entfache die SP aufrührerische Bewegungen im Heer. Zum Beweis verlas der Minister ein Manifest der "Jungen Garde".

Ein sozialdemokratischer Redner antwortete mit der, für Sozialisten, überflüssig viel entgegenkommenden Erklärung: "Wir sagen den Soldaten: Wenn Ihr das Land gegen einen

einbrechenden Feind zu verteidigen habt, so verteidigt es. Aber wenn Euch bei Wirtschaftskonflikten befohlen wird, auf Eure Brüder zu schießen, so habt Ihr den Gehorsam zu verweigern."

Sehr genaue Nachrichten darüber, daß "es im Heer nicht so ruhig ist, wie es sein sollte", liegen nicht vor. Angeblich sind jedoch in den Kasernen in Gent und Antwerpen Meutereien vorgekommen. Die Unruhe im Heer ist wahrscheinlich nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Pruppes Delm Bergwerkestreik im Sommer und auch bei den Deinonstrationen gegen die Regierung, die zum Protesti gegen die Friedikande. nahmen im ganzen Land durchgeführt wurden, gegen die Arbeiter eingesetzt worden sind. In Belgien besteht Militärpflicht, das Heer setzt sich also zum großen Teil aus jungen Arbeitern zusammen, die sich nicht als Bürgerkriegsgarde gebrauchen lassen wollen. Außerdem stehen viele dieser Arbeiter in enger Verbindung zu den Gewerkschaften und sympathisieren mindestens mit der Protestbewegung gegen die reaktionäre Regierungspolitik. Um die "Disziplin in der Armee aufrechtzuerhalten" wird

der Kriegsminister demnächst mehrere Gesetzesvorlagen einbringen, durch die verschärfte Strafen für Propaganda für Militärdienstverweigerung, Beschimpfung von aktiven Offizieren, Beschimpfung der Nationalflagge u. s. w. eingeführt werden.

Die Regierung fühlt sich offensichtlich, trotz des Vertrauensvotums der Kammer, nicht sehr sicher, da der außerparlamentarische Kampf der Arbeiterorganisationen überall im Lande auf rege Sympathie stößt.

# Gefahren beim Streikbruch.

Entgleisung eines Hilfszuges in Irland.

Der Personenzug Dublin-Belfast, der einzige, den die Eisenbahngesellschaft mit Hilfe von Streikbrechern fahren lassen konnte, wurde durch einen Anschlag der streikenden Eisenbahner zum Entgleisen gebracht. Die Lokomotive und zwei Personenwagen stürzten die drei Meter hohe Böschung herab. Der Schaffner und ein Zugwächter wurden getötet, drei Eisenbahnbeamte schwer verwundet. Nur zehn Personen hatten es gewagt, den Zug zu benutzen. Drei von ihnen wurden

Infolge dieser Katastrophe wird der Zugverkehr auf der Strecke Dublin-Belfast während der nächsten Tage zwangsweise eingestellt werden mitseen. Außerdem wird die Zahl derer, die noch den Mut zu Streikbrecherdiensten haben, wahrscheinlich erheblich sinken. Die Arbeiter gehen sehr energisch gegen jeden vor, der den Streik sabotiert. In Dundalk trafen sie auf einen eben ankommenden Zug, warfen den Führer von der Lokomotive und löschten sofort die Feuer.

Es wird damit gerechnet, daß der Streik auch auf die Gebiete übergreisen wird, in denen er bisher nicht ausgerusen worden ist.

Der Kampf der irischen Eisenbahner hat nicht nur für diese selber eine große Bedeutung. Er zeigt auch den englischen Unternehmern und der Regierung, was ihnen blüht, wenn sie die Lohnsenkungsforderungen gegen die englischen Eisenbahner nicht fallen lassen. Und er zeigt den englischen Arbeitern, wie gut ihre Aussichten in einem offenen Kampf sind, wenn sie ihn so führen wie die irischen Genossen.

# Klassenjustiz.

Schwere Straten für streikende Stratenbahner in Polen

Im Juni 1931 haben die Straßenbahner in Warschau gestreikt zum Protest gegen übermäßige Rationalisierungsmaßnahmen in den Werkstätten. Der Streik ist unterdrückt

worden, und eine Anzahl von Straßenbahner wurde verhaftet.

Erst am 3. Januar 1933 hat man gegen die "Schuldigen" eine Gerichtsverhandlung eröffnet.

Auf der Anklagebank saßen 11 Straßenbahner und Werkstättenarbeiter, einige von ihnen bereits arbeitslos. Grund der Anklage war auf

Mitgliedschaft der kommunistischen Partei,

die in Polen bekanntlich illegal ist, Propaganda für diese Partei unter den Straßenbahnern und Schürung des Klassenhasses gegen die Direktion der Strassenbahnen. Trotz der Beteuerungen der Angeklagten, daß sie mit der kommunistischen Partei nichts zu tun hätten, sondern einzig und allein thre Arbeitsbedingungen verteldigten, wurden sie zu sehr schweren Strafen verurteilt:

einer zu 5 Jahren, einer zu 4 Jahren, drei zu 3 Jahren und drei zu 2 Jahren Kerker, insgesamt zu 24 Jahren. Die Verteidiger haben Berufung eingelegt.

Der italienische Rüstungshaushalt für das Finanzjahr 1933/34 wurde um ungeführ 15 Prozent auf 2,6 Milliarden Lire (rund 500 Millionen Mark) herabgesetzt.

# Die rumänischen Brüder der NS.

Auf dem Hauptboulevard von Bukarest wurde am Mittwoch ein Passant von Faschisten überfallen und so zugerichtet, daß er in sehr ernstem Zustande ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Der Grund für den Ueberfall: Der Betroffene weigerte sich, Blätter der "Eisernen Garde", der Kampforganisation der Faschisten, zu kaufen.

Explosion auf der Straße.

Die englische Stadt Reading wurde in der Nacht zum Dienstag durch mehrere gewaltige Straffenexplosionen erschüttert, deren Ursache noch nicht foetgestellt werden konnte. Große Teile des Pflasters und ein Kabeldeckel wurden meterhoch in die Luft geschleudert. Mehrere 100 Fensier in der Umsebung gingen durch die Explosion in Trümmer.

# Der Bürgerkrieg der SA. / 8 Tote.

Ziel: Regierungsmaßnahmen gegen KPD.

Der Terror in Deutschland nimmt rapide zu. Meldungen über politische Schlägereien der Nazis mit Gegnern liegen diesmal vor aus: Berlin, Bochum, Bolkenhain (Schlesien), Breslau, Chemnitz, Duisburg-Hochfeld, Düsseldorf, Essen, Höhr, Homberg (Niederrhein), Kaiserslautern, Liegnitz, Lübeck, Oppeln, Peine, Perleberg (Mark), Wanne-Eickel, Wattenscheid, Werne (Westfalen), Wernigerode, Witten, Wittenberge. Nur auf die wichtigeren Fälle können wir näher eingehen.

Altona. Am Mittwoch wurden auf einige Sozialdemokraten, die sich zu einem Umzug begeben wollten, etwa sechs Schüsse abgegeben. Als Polizei erschien, waren die Täter geflüchtet. Zwei Personen leicht verletzt. (Mitteilung der Polizeipressestelle Altona.)

Berlin - Charlottenburg. In der Nacht zum Donnerstag erstachen Nazis den Kommunisten Schulz aus der Sybelstraße im Lauf eines Wortwechsels. Ein anderer Kommunist wurde leicht verletzt. Polizei traf nur noch den Sterbenden und den anderen Verletzten an.

Duisburg-Hochfeld. In der Nacht zum Donnerstag wurde in der Bachstraße von unbekannter Seite geschossen; die Schützen flohen.

Eine Frau wurde durch die Schüsse getötet.

Gondelsheim (bei Bretten, Bad). Gelegentlich einer kommunistischen Demonstration wurde der Kommunist Verwimp aus Durlach-Aue von Nazis durch einen Schuß verletzt. Er starb noch in derselben Nacht.

Homberg. In einer schweren Schießerei zwischen Nazis und Polizei am Mittwoch vormittag wurden

der Führer der Homberger Landjäger und drei Nazis erschossen.

Die Aktion der Nazis begann mit einem Ueberfall auf einen Lieferwagen der sozialdemokratischen "Volksstimme". Die Nazis warfen die Zeitungen, die der Wagen geladen hatte, in den Rhein und zwangen den Wagenführer durch Bedrohung mit Revolver, die Nazis zu ihrem Heim zu fahren. Inzwischen hatten sich mehr und mehr Nazis auf den Straßen gesammelt; sie frugen offen Schuß- und Hiebwaffen. Da rückten von Hochheide Erwerbslose an. Ueber den Fortgang sagt ein Homberger Polizeibericht:

"Heute morgen wurde von der hiesigen Polizeiverwaltung auf Grund der Meldung, daß vom Ortsteil Hochheide kommende Erwerbslose an der Grenze von Homberg von Trupps der NSDAP belästigt würden, ein aus Landjägern und kom-munaler Polizei zusammengesetztes Kommando an Ort und Stelle entsandt. Dieses Kommando nahm zunächst einen Mann in SA-Uniform fest, der einen Polizeibeamten mit einem -Knuppel bedroht hatte. Infolge dieser Festuahme sammelten sich etwa 150 Personen an. Die Polizei versuchte, die Straße Augusta- und Wilhelmstraße zu einer Schießerei, in deren Verlauf der Landjäger Pließ durch mehrere Kopfschüsse

Die Polizei teilte weiter mit, daß die Nazis aus ihrem Heim heraus das Feuer auf die Landjäger eröffnet hätten.

Am Nachmittag holten die Nazis mit Autos Verstärkungen heran, seibst aus Essen. Am Spätnachmittag hat die Polizei die Ruhe erzwungen.

Göring hat seine erste öffentlich bekanntgewordene Amtshandlung als preußischer Innenkommissar vollzogen.

indem er "strengste Untersuchung" der Homberger Vorginge angeordnet und bis zur Klärung

den Homberger Orfspolizeiverwalter und sämtliche Landjäger, die auf Nazis geschossen haben, vom Dienst hat suspendieren lassen.

Lübeck. Im Anschluß an eine Anrempelung des sozialdemokratischen Redakteurs und Reichstagsabgeordneten Leber durch SA-Leute am Dienstag abend wurde der SA-Mann Brückmann erstochen. Selbst aus dem Bericht der Telegraphen-Union geht hervor, daß es sich um einen nationalsozialistischen Provokationsakt handelt! Leber kam auf der Straße in einen Wortwechsel mit einem ihm persönlich bekaunten Nazi. Der lief in ein SA-Lokal,

mobilisierte SA-Leute und verfolgte mit diesen Leber in einem Auto.

In der Auseinandersetzung, die dann mit Leber erfolgte, "fühlte sich einer der SA-Leute bedroht" und schlug Leber mit dem Schulterriemen ins Gesicht. Reichsbannerleute, die Leber begleiteten, setzten sich zur Wehr;

dabei wurde der genannte Nazi durch einen Stich in die Milz getötet.

Der Staatsanwalt hat die Festnahme Lebers veranlaßt.

Wanne-Eickel. Am Mittwoch drangen 20 bis 25 Nazis in die Geschäftsräume der sozialdemokratischen "Freien Presse" ein und verlangten die Herausgabe der Auflage. Die Nazis wurden aus dem Lokal gedrängt, sie schossen; verletzt wurde niemand. Diesem Ueberfall soll nach Meldung der Rechtspresse ein Schuß aus einem Hause auf einen Nazi auf der Straße voraufgegangen sein. Dieser Nazi soll einen Halssteckschuß erhalten haben.

Ueber Wernigerode liegt bisher nur ein abenteuerlich anmutender Bericht der Rechtspresse vor. Es hat keinen Sinn, ihn abzudrucken, ehe nicht eine Kontrolle mindestens an Hand eines polizeilichen Berichts möglich ist.

Diese Zusammenstellung dessen, was sich bei vorsichtiger Beurteilung der Meldungen einigermaßen sicher behaupten läßt, zeigt deutlich

die aktive und anstiftende Rolle der SA bei der neuen Terrorwelle. Es ist dringend erforderlich, die Terrorakte gerade dieser Tage einer scharfen Berichtersfattung zu unterziehen.

damit der Flut der Tendenzmeldungen, die offensichtlich Handhaben zu scharfen Maßnahmen gegen die KPD liefern sollen, und deren Wirkung durch die Knebelung der kommunistischen Presse unterstützt wird, die Wahrheit entgegengestellt wird.

chers "liberale" Notverordnung vom 19. Dezember, die von Zeitungen bis zum "Vorwärts" als eine Wiederherstellung der Versammlungs- und Pressefreiheit gefeiert wurde. Nach dieser Verordnung kann eine Zeitung nur dann verboten werden, wenn sie in einem Artikel den Tatbestand des sogenannten Hoch- oder des Landesverrats oder des Verrats militärischer Geheimnisse liefert. Den Tatbestand des "Hochverrats" sehen Hitlers Polizeifunktionäre in der Aufforderung zum politischen Generalstreik. Die Erfahrungen dieser Tage zeigen bereits, daß wir Schleichers in liberalen Gewande auftretende Verordnung richtig beurteilten, wenn wir sie damals als die

"Waffe gegen Revolutionäre"

bezeichneten.

In den liberalen und sozialdemokratischen Blättern regt sich keine Stimme des Protestes gegen die Knebelung der kommunistischen Presse. Das ist eine Schande.

# Aus der Partei des Herrn Reichskanzlers.

Raubmörder aus der SA.

Während die Uneinigkeit der regierenden Harzburger selbst nach außen in Erscheinung tritt, wurde vor dem Stettiner Schwurgericht ein Prozeß verhandelt, der die Kameradschaft in den unteren Regionen der Harzburger Haufen beleuchtet. Es handelt sich um die

Ermordung des deutschnationalen Rittergutspächters Steinicke (Gut Streithof bei Stettin) durch SA-Leute

am 31. Dezember 1932. Angeklagt wegen Raubmorde: die Stettiner SA-Leute Brauns, Duchateau, Köhler und Schulze und die Frau des Hauptangeklagten und Anstifters Köhler.

# Echte SA-Leute.

Vorsitzender: Waren Sie politisch organisiert?

Duchateau: Ja, in der NSDAP. Vorsitzender: Wo lernten Sie den Hauptangeklagten Köhler kennen?

Duchateau: In der SA.

Vorsitzender: Mit Köhler zusammen waren Sie dann auch an dem Attentat auf den sozialdemokratischen "Volksboten" beteiligt?

Duchateau: Ja.

Vorsitzender: Was taten Sie hinterher?

Duchateau: Ich wurde von der nationalsozialistischen Partei zunächst in ein Bad und dann nach Dessau geschickt. ... Eines Tages im Dezember sagte Köhler zu mir, er wisse eine Stelle, wo Geld zu holen sei. Da gehe einer mit einer Kasse über den Hof, und wir brauchten weiter nichts zu tun, als ihn mit dem Gummiknüppel über den Kopf oder Arm zu schlagen und ihm das Geld abzunehmen.

Vorsitzender: Und was sagten Sie darauf? Duchateau: Ich sagte: Wenn's weiter hichts ist, dann

mache ich mit.

Vorsitzender: Woher kennen Sie Brauns Duchateau: Den lernte ich beim Attentat auf den "Volksboten" kennen. . . . Am 17 Dezember wollten wir erstmalig den Versuch zu einem Ueberfall auf Streithof machen. Am 16. Dezember sprachen wir den Plan genau durch. Dabei sagte Köhler zu mir: Nimm einen Revolver mit, damit wir eventuell einen Schreckschuß abgeben können.

Die Ausführung des Raubs: Die vier fuhren mit Auto bis vors Dorf. Köhler, Brauns und Duchateau gingen ins Dorf. Brauns und Duchateau gingen in dem Raum, in dem Steinicke die Löhne auszahlte. "Hände hoch!" Brauns schoß auf Steinicke, der sich erheben wollte, aber tödlich getroffen zusammenbrach. Brauns riß die Kassette an sich; die beiden ergriffen gemeinsam mit Köhler, der vor der Tür gewartet hatte, die Flucht. Die Beute von 65 Mark wurde von den Räubern geteilt. Anschließend Silvesterfeier in einer SA-Kneipe.

Urteil: Für Köhler, Brauns und Duchateau lebenslängliches Zuchthaus und Aberkennung der Ehrenrechte auf Lebenszoit; für Schulze sechs Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust; für Frau Köhler zwei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust.

Auch dieses Urteil fordert zur Vergleichung mit dem Todesurteil gegen den Kommunisten Barth heraus.

# Der Klassenkampf der Polizeipräsidenten.

Demonstrationsverbote.

Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge sind der KPD und ihren Nebenorganisationen von einer Reihe Polizeiund Regierungspräsidenten bis auf weiteres verboten worden, so in Berlin (einschließlich der für Freitag angesetzten Lustgarten - Demonstration), Bochum, Regierungsbezirk Erfurt, Kassel.

Unterdrückung der Presse.

Dem Vier-Wochen-Verbot der kommunistischen "Freiheit" in Düsseldorf und ihrer Kopfblätter im Rheinland ist ein Vier-Wochen-Verbot des Essener "Ruhrecho" und seiner Kopfblätter "Kämpfer" (Dortmund) und "Niederrheinische Arbeiterzeitung"

(Duisburg) gefolgt. Auch dieses Verbot hat der Düsseldorfer Regierungspräsident erlassen.

Das gesamte rheinisch-westfälische Industriegebiet ist also einen Monat lang ohne kommunistische Zeitung.

Die Tageszeitung "Arbeiterzeitung für Schlesien" und ihre Kopfblätter sind durch Verfügung des Regierungspräsidenten für 14 Tage verboten worden.

Die Mittwoch-Ausgabe der "Hamburger Volkszeitung" wurde beschlagnahmt, weil sie aufforderte, das "Banner des Massenstreiks zu entfalten". Ueber ein Verbot der Zeitung eind noch keine Beschlüsse gefaßt worden.

Die gesetzliche Handhabe für diese Verbote bietet Schlei.

# A. M. FREY

Funk berichtet, daß er vom Verbandsplatz komme und einen . Brief von Assistenzarzt Model für Oberarzt Lipp bei sich trage.

"Was steht denn drin?" fragt neugierig Malz, der immer ein schlechtes Gewissen hat und vermutet, über ihn selbst und seine Nachlässigkeiten könne von irgendeiner Seite her Klage geführt werden.

Funk behauptet, er wisse es nicht - obwohl er es ia halbwegs weiß.

"Haben S' ihn denn nicht aufgemacht unterwegs?" staunt der Sergeant. "So mit dem Bleistift die Klappe entlang. Die klebt ja immer schlecht." Er scheint das Manöver für selbstverständlich zu halten.

Funk verneint und sieht Fieberthermometer in einer bräunlichen Flüssigkeit stehen — Flüssigkeit in einem Trinkglas, die Borwasser und "desinfizierend" sein soll. Im Keller ist eine verbrauchte, verschwitzte, von Ausdünstungen und Ausatmungen verpestete, feuchtwarme Luft, die aus etwa fünfzehn belegten Betten aufsteigt.

Malz ahnt wohl, der abgemagerte, übernächtige Krankenträger vor ihm mit der grauen Gesichtsfarbe könne selbst Gegenstand des geheimnisvollen Briefes sein. Er sagt: "Sie treffen's nicht gut. Der Lipp ist elend schlechter Laune. Immer, wenn er so spät zur Visite kommt, statt um neun Uhr morgens um zwölf Uhr mittags, ist er ganz narrisch. Weiß der Henker, wo er sich wieder herumtreibt."

"Herr Obefarzt Lipp treibt sich herum?"

"Ja, in den Gärten schleicht er umeinander und schaut nach dem Gemüse, in Glaskästen zieht er Salat, oder er fischt er legt Schlingen für die Hasen.

Der Sergeant will weiteres ausführen, da kommt der Beredete selbst. Funk sieht die Kellertreppe herunterstapfen ein paar leichtgekrümmte eilige Beine in ledernen Reitgamaschen und furchtbar kotigen Stiefeln, dann taucht eine hagere sehnige Gestalt tiefer, zuletzt wetterleuchtet gelblich ein galliges Cholerikergesicht mit schwarzem Bärtchen in den düsteren Raum. "Rapport, Malz!" verlangt eine hohe, harte, befehlsgewohnte

Stimme. "Schauen S', daß wir fertig werden!

Er sagt es, als sei man schon durch Stunden an der Arbeit. Und sie werden schnell fertig. Funk ist in eine Ecke getreten; er wird vorerst nicht beachtet. Der Sergeant legt seinem Arzt eine Reihe von bekritzelten Zettelchen vor, die er unterschreibt, ohne sie zu lesen. Sie betreffen Anordnungen für weitere Behandlung einiger Kranker.

"Noch was?" fragt Lipp, während er ein paarmal die gleiche schwunghafte Handbewegung vollführt, um seinen Namen zu formen.

"Der Sonn Michael, Maschinengewehrkompanie, hätt vierzig Komma zwei." "Lazarett", entscheidet Lipp und unterschreibt ein Papier-

tüfelchen. "Bauch oder Brust? "Brust, Herr Oberarzt."

"Gut. Pneumonie mit Fragezeichen. Noch was?" Er ist schon auf der Treppe. "Ein Krankenträger vom Verbandsplatz wär" da, mit einer

Meldung, "Herrgottsakrament! Gell, seids so gut, und halts mi net lang auf. - Wo ist er?"

Funk tritt vor und händigt den Brief aus. Lipp schaut ihn an. "Wie heißen Sie? Warum kenne ich Sie nicht?"

"Friedrich Funk, von der achten Kompanie."

"Ein Neuer, Herr Oberarzt", mischt Malz sich ein. "Ersatz aus der Heimat."

Lipp hat den Brief erbrochen und überflogen. "Von der achten Kompanie - und seit Wochen beim Regiment? Was fällt Ihnen ein, sich erst heute bei mir zu melden? Wissen Sie nicht, daß ich Ihr Bataillonsarzt bin? Ich habe Lust, Sie bestrafen zu lassen."

"Es hat mir niemand gesagt, daß ich mich bei Herrn Oberarzt melden muß."

"Schschsch", macht heimlich der Sergeant im Hintergrund und läßt verdeckte Winkzeichen zu Funk hingehen.

Aber Lipp wettert schon los: "Das haben Sie nicht gewußt, so? Sind Sie militärisch nicht vorgebildet, haben Sie lhre Ausbildung auf dem Mond genossen? Freilich, heute können Sie dahergelaufen kommen, weil Sie sich vom Dienst drücken wollen. Einen Monat im Feld, und haben schon endgültig genug, wie? Wir stehen ein Jahr in der Scheiße und machen weiter. Nix da. Mein Lieber, Sie werden auch weitermachen, ich garantier' Ihnen."

"Ich habe mich gar nicht krank gemeldet. Herr Assistenzarzt hält mich für ungeeignet zum echweren Trägerdienst.

Der Sergeant winkt verzweifelter.

"Herr Dr. Model soll mich — in Ruhe lassen. Er ist zu nachgiebig euch Burschen gegenüber. Junge Aerzte fallen auf jede jammervolle Fratze herein, auf jedes Komödiantengetu der Drückeberger. Puls!"

Funk reicht den Arm bin.

"Rock auf! - Nein, nicht ausziehen. Unnötig." Lipp legt das Ohr an die behemdete Brust. "Völlig gesund. Leichte nervöse Erscheinungen. Glauben Sie, daß wir jeden Nervenfatzke in Watte packen können? Felddienst ist für Sie ausgezeichnet. Ab. Macht seinen Kram auf dem Verbandsplatz wie bisher. -Malz, morgen um acht."

(Fortsetzung folgt.)

# Bürgerkriegsvorbereitungen der Reichsbahn

F. G. Daß sich die vorbereitenden Maßnahmen der Großagrarier und Schwerindustriellen bezüglich der gewaltpolitischen Auseinandersetzungen mit der Arbeiterklasse immer mehr steigern, hat die jüngste Vergangenheit oft gezeigt. Wie folgerichtig und bis ins Einzelne gehend diese Vorbereitungen sind, zeigt folgende Schilderung der freigewerkschaftlichen Zeitung "Der Deutsche Eisenbahner", Nr. 2, vom 15. Januar:

### Geheime Telefone und Feldbetten.

"Im Direktionsgebäude der Reichsbahndirektion Frankfurt am Main geht seit einiger Zeit etwas vor. Mehrere Zimmer wurden geräumt, in denen Feldbetten Aufstellung fanden. Man hat geheime Telephone eingerichtet, die bestimmt für den gewöhnlichen Telephonevrkehr unnötig sind. Warum und wofür? Wer es wissen will, muß sich ein wenig mit den Gepflogenheiten bei der Reichsbahndirektion vertraut machen. Es sind jene

### Vorgänge rund um den Bahnschutz

die bisher allzuwenig in die Oeffentlichkeit gedrungen sind. Der Laie pflegt, wenn das Wort Bahnschutz fällt, jene uniformierten Beamten zu sehen, die mit Revolver und handbewaffnet an den Schienensträngen entlang wandern, um die Eisenbahnlinien zu sichern.

Die Eisenbahner aber fragen mit Recht, was haben geheime Telephone und Feldbetten in der Reichsbahndirektion mit der Streckenüberwachung zu tun?

### 1. Richtige Mobilisierung.

Vielleicht geben die Vorgänge, die sich am 18. November 1932 um den Bahnhof Wahn bei Köln abspielten, einen Fingerzeig. Am 17. November 1932 abends fuhren die Bahnschutzleute vom Betriebsamt 2 Neuwied bis Altenkirchen im Westerwald. In Altenkirchen war die erste Verpflegungs-station für die "Kriegsmobilisierung". Jeder Mann bekam 1/2 Pfund Wurst und vier trockene Brötchen dazu. Zwei Brötchen sollten als eiserner Bestand für morgens zum Kaffee aufgehoben werden. Die Nacht über mußten die Bahnschutzleute im Wartesaal verbringen. Morgens um 5 Uhr hieß es "Auf" und jeder einzelne wurde

### mit Karabiner Modell 98 ausgerüstet.

Daneben erhielt jeder Platzpatronen, einen Gummiknüppel, Koppel und Patronentasche. Zwei Sonderwagen wurden dem Personenzug angehängt und nach Wahn transportiert, wo sich inzwischen auch die "Streitkräfte" des Kölner Direktionsbezirks versammelt hatten.

Der Generalstab bestand aus dem Vizepräsidenten der Reichsbahndirektion Köln, aus dem Reichsbahnoberrat Neu-ser von der Reichsbahndirektion Frankfurt a. M. und dem Oberinspektor Tannenberg aus Frankfurt a. M. Als sachverständige Berater waren ferner vertreten zwei Hauptmänner der Schutzpolizei (einer aus Friedberg und einer aus Köln). Die Gesamtzahl der Streitkräfte betrug 250 Mann. Da die Bewaffnung des Bahnschutzes noch zu dürftig erschien, wurden mit Erfindergeist einige Maschinengewehre durch Atrappen markiert. . .

### 2. Bürgerkrieg: Bahnschutz gegen Aufrührer.

Die Kölner "Armee" hatte den Auftrag, restlos aus Aufrührern zu bestehen und mit verbissenem Mut um das Bahnhofsgebäude Wahn zu kämpfen. Die Frankfurter Armee sollte ihnen eigernen Widerstand bis zum Verbluten leisten. So geschah es denn. Die Platzpatronen pufften, die Maschinengewehrimitationen tackten, Befehle flogen hin und her, die Siegesgöttin trat von einem Fuß auf den andern, ohne sich vorerst entscheiden zu können. Der "Generalstab" kam sich vor, als müßte sein Name fortan neben denen Hindenburgs und Marschall Fochs genannt werden, und die braven Bahn-schutzleute taten ihr Mögliches ohne dabei zu lachen."

Daß angesichts der Entlassungen von zehntausenden von Arbeitern bei der Reichsbahn für diese Bürgerkriegs-Rüstungen Geld hinausgeworfen wird, ist ein Skandal. Daß dieses Geld nutzlos hinausgeworfen wird von den Ausbeutern.

dafür zu sorgen, ist Sache der Arbeiterschaft.

Die Geschlossenheit der Front der organisierten Arbeiter muß so lähmend auf alle wirken, die zur Ausbeuterklasse gehören, daß alle Karabiner und sonstigen Mordinstrumente nicht zur Entfaltung kommen, sondern einfach versagen wie 1918.

Die Geschlossenheit der Front der Ausgebeuteten ist das Gelbkreuz-Gas der Arbeiter, gegen das alle Institutionen der Ausbeuter machtlos sind bei der heutigen Lage in Deutsch-

# Für die Einheitsfront!

### Beschluß der Angestellten-Funktionäre der Bewag.

M. H. Am Dienstag tagten sämtliche freigewerkschaftlichen Angestellten-Funktionäre der Bewag, um die Kandidatenliste für die Betriebsratswahlen aufzustellen. Die vorgeschlagene Liste wurde einstimmig angenommen. Die Funktionäre waren sich einig in dem Willen, gerade diesmal, wo auch die Nazis sich in der Bewag regen werden, besonders eifrig für die freigewerkschaftliche Liste zu werben.

Außerdem fand eine ausführliche Diskussion über die politische Lage statt. Der ZdA-Vertreter, Kollege Zeitz, meinte, daß zu Pessimismus keinerlei Anlaß bestehe; die Nazis müßten nun endlich zeigen, was sie leisten könnten, und darüber könnten wir im Grunde nur froh sein! Je mehr sie aber gegen die Rechte der Arbeiterschaft vorstoßen würden, desto mehr werde diese wachgerüttelt werden. Er forderte die Kollegen auf, den Kopf nicht hängen zu lassen. So richtig diese Parole zweifellos ist, so beschämend sind die übrigen Vertröstungen, nachdem so viele Erfahrungen der jungsten Vergangenheit bewiesen haben, daß der Vorstoß der Reaktion nicht ohne weiteres die Arbeiter wachrüttelt. Sonst wäre ja heute Hitler nicht Reichskanzler. In der Dis-kussion wurde denn auch von verschiedenen Kollegen zum Ausdruck gebracht, daß wir uns so nicht vertrösten lassen dürfen, sondern von den Gewerkschaften mehr Initiative zum Kampf fordern müssen.

Vor allem praktische Schritte zur Herstellung einheitlicher Abwehrmaßnahmen aller linken Arbeiter-Organisationen. Es wurde daran erinnert, daß alle Angestellten-Funktionäre der Bewag vor den Reichstagswahlen im Juli 1932 einstimmig eine Resolution angenommen haben, die von der Leitung der Gewerkschaften solche praktischen Schritte verlangt. We diese Resolution bekannt geworden ist, hat sie im ganzen Reich damals begeisterte Zustimmung von Mitgliedern aller Parteien gefunden, und Tausende von Unterschriften sind an den ADGB gelangt. Heute, angesichts des größeren Ernstes der Situation, gilt es, sich von Neuem auf den Boden dieser Resolution zu stellen und von der Gewerkschaftsleitung einen Vorstoß zur Verständigung der Arbeiterparteien zu fordern, möglichst schon für die nächsten Demonstrationen. Es wurde vorgeschlagen, drei Kollegen zu delegieren, um den Bundesvorsitzenden Aufhäuser in persönlicher Aussprache diese Forderung zu übermitteln. Dieser Antrag wurde von mehreren Diskussionsrednern heftig angegriffen, die offenbar zum Teil seinerzeit große Vorwürfe von ihrer Partei, der SP, wegen der Resolution vom Juli bekommen haben! Das ganze abgeleierte Register gegen die Möglichkeit einer Einheitsfront wurde vorgebracht: Die KP will nicht — die KP hat den Generalstreik verlangt, also (!) sieht man die Zwecklosigkeit von Verhandlungen! - wir haben doch immer alles richtig gemacht, also können wir nicht den ersten Schritt tun! - Verhandlungen nützen doch nichts, die Einheitsfront wird schon kommen, wenn "es soweit ist" (wann endlich ist es eigentlich weit genug?!). Ja, ein Kollege wagte es sogar, die damalige,

Anfertigung eleganter

Damengarderobe

i. Fürchtenicht

Böttingen, Nikolausberger Weg 67.

Burodedarisartikel

Reparaturen und Reinigung

von Schreibmaschinen

Hamburg 85, Luisenweg 61 III.

A. H. Timmermann

C. LOTZC Reformkleidung

bestimmt vorbildliche Resolution als bloßes "Theater" zu bezeichnen. Diese Miesmacher von praktischen Vorschlägen zur Herstellung der Einheitsfront betonten dabei alle, daß sie natürlich "grundsätzlich" für die Einheitsfront seien.

Es muß einmal mit aller Deutlichkeit festgehalten werden: Wer heute immer noch nur grundsätzlich für die Einheitsfront ist, die notwendigen praktischen Schritte aber ablehnt oder hindert, der sabotiert in Wahrheit die Einheitsfront.

Die versammelten Bewag-Funktionäre nahmen in ihrer großen Mehrheit trotz alledem den Vorschlag an, drei Kollegen zu Aufhäuser zu delegieren, um die Initiative der Gewerkschaften zur Verständigung der Parteien und Gewerkschaften über gemeinsame Aktionen zu verlangen.

# Die öffentlichen Versammlungen

Berlin: Freitag, 3. Februar, 20 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12. Thema: Terror — Inflation — Krieg! Was tun? Redner: Hellmut Rauschenplat und Gustav Heckmann. Aussprache. Eintritt 20 Pfennige, Erwerbslose 10 Pfennige.

Göttingen: Freitag, 3. Februar, 20,30 Uhr, im kleinen Saal des Volksheims. Thema: Rechtsnot und Sondergerichte. Redner: Rechtsanwalt Erich Lewinski (Kassel). Eintritt frei! Freie Aussprache.

### BERLIN

Sonntag, den 5. Februar, 11 Uhr, in der "KAMERA", Unter den Linden 14:

# Morgenveranstaltung

des "Funken", die dazu beitragen soll, den weiteren Kampf des "Funken", insbesondere gegen den Krieg, finanziell zu unterstützen.

ERNST GLAESER, ALEXANDER GRANACH. ERICH MUHSAM, THEODOR PLIVIER, GERD THOMAS (an der Orgel) wirken mit.

Der Preis der Eintrittskarten beträgt 1,— Mark und 1,50 Mark, für Erwerbslose 0,50 Mark. Karten können im Vorverkauf bezogen werden bei der Internationalen Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin SW 19, Incelstraße Sa. Außerdem bei den Verkäufern des "Funken". Der Reinertrag gehr dem Pressefonds des "Funken" zu.

Verantworti Schriftleiter: Willi Eichler. Berlin Auzeigen & Lippmann. Berlin. Veri: Internationale Verlagsanstalt GmbH. Berlin SW 19. inselstr. 8a. Tel.: P 7 Jannowitz 5909 Druck A Jantszewski Buchdruckerel und Verlag GmbH.. Berlin SO 36. Elisabethnier 20/29.

### Das Haus der guten Schuhe H. Ebel Berlin N 65, Maxstr. 27 Reinickendorf, Residenzstr. 97/98 Telefon: D 6 Wedding 2358 Bet Vorselg. d. Inserates 5 % Rabett!

Magarbell eretklassig Herren - Auzlige. Milatel. Damen-Kostüme, Aufbligein und Repereturen

> Alfred Arensberg Berlin-Reinickendorf-Oat Hinter der Dorf-Aue 14

> Seifen Wirtschaftsartikel

Otto Scaruppe | Magdeburg

Nähmaschinen Reparaturen / Reinigung Ersatzteile

schnel: billig EUGEN GEHM Frankturt a. M.-Riederwals Engolopietz 12

Crob - Maushakungen Gemeinschatten, Landheime. ferien-Lager. Schulen u. s. w.

erhalten

Vegetarische Gaststätte

Speisezeit ununterbrochen von 12 bis 20 Uhr

Reform - Nahrungsmittel

gut und preiswert | Frischkost-Reformhaus

zn Ausnahme-Preisen. Bitte, Sonder-Liste anfordern!

Berlin-Reinickenderf-Ost, Wilkestr. 1 | Otto v. Guerickestr. 104.

Bereits 80 Mark genügen! Und Sie erhalten einen hochwertigen Masanzug. ans erstklassigem Stoff. mit bestem Patter. in sorgfältiger Maßarbeit

Preisinderungen nach oben und auch noch nach unten, ie unch Stoffquelität. Machen Sie bitte einen Versuch! R. Schönheit, MAGDEBURG, jotzi

HAMBURG

Kollektiv Hamburger Schauspieler

Göttingen

Butter

Johannisstr. 2

Käse, Eler

Landbrot

spielt am:

Freitag, 8.; Sonnabend, 4.; u. Sonntag, 5. Febr., 20 Uhr "Den Nagel auf den Kopf"

Der große Erfolg im Volksheim Hammerbrook, Sachsenstr. 21. Preise: 60 Pf., Prwerbalose 30 Pf., Sonntags 40 Pf.

BERLIN

den Linden 14 - Af Jäger 2987

obruars W. Pudowkins uperreichtes Meisterwerk "Sturm über Asion" "Eine Wildwasserfahrt durch die Schwarzen Berge"

Ab S. Februar Charlie Chaplin in Lichter der Großstadt Außerd, die Polizeigroteske: "Schüsse in der Nacht"

Anfangszelten: 18. 17. 19 und 21 Uhr

Werbeprospekte Zeitungen . Zeitschriften

bei billigster Preisberechnung druckt



A. Janiszowski Buchdruckers and Verlag, Combis

Borlis 5036, Blissbothefor 25, Forwesh Sammelmen

# Neucrscheinung:

Freunde

Eure

Zeituna!

Warht Abonnesier

Sammelt Anzeigen

Beverzugt bei Einkäufen

und Leser des

"Funken")

Unterstützt

# LEO TROTZKI

Material für einen Biographen.

Mit 8 Bildern. 172 Seiten.

Broschiert 1,50 Mark. Ganzleinen 2.- Mark.

Dieses Buch LEO TROTZKIs ist in einer deutschen Ausgabe bereite einmal erschienen, aber seit der politischen Verurteilung TROTZKIs und seit seiner Ausweisung aus der Sowjet-Union nirgends mehr erhältlich.

Die Aufzeichnungen TROTZKIs über seinen Lehrer und den Meister der russischen Revolution sind bei all ihrer Kürze das überzeugendste Dokument, das wir - außer in LENINs eigenen Schriften - über die Entwicklung der russischen Revolution besitzen.

Inhalts-Verseichnis:

Vorbemerkung — Vorwort. LENIN und die alte "Iskra": Rund um den Oktober. — Vor dem Oktober. — Der Umsture. — Brest-Litowsk. — Die Verlagung der Konstitulerenden Versammlung. — Regierungsarbeit. — Die Tschechoslowaken und die linken Sozialrevolutionere. - LENIN auf der Tribüne. - Der Philister über den Revolutioner.

Anhang: Ueber den Fünfzigjährigen. - Ueber den Verwundeten. - Ueber den Kranken. - Der Tote.

Verlag Öffentliches Leben, Berlin SW19, inselstraße 8a.

Postscheckkonto: Berlin 818 42.



POLITISCH WIRD DER MENSCH **GESCHEITER** DURCH BÜCHER MIT **DEM FACKELREITER** 

sen Sie sich bald einmal den reichtlustrierten Katalog kostenios schicken vom

VEGA KOLN, Beethovenstraße 19

Neuzeitliche Ernährung nach Dr. med. Bircher-Benner, Zürich

FACKELREITER-VERLAG, BERLIN w 15

# Die Reichsregierung an "das deutsche Volk".

Hitler hat am Mittwochabend folgenden Aufruf der Regierung am Rundfunk vorgetragen:

### Die Strafe des Allmächtigen.

"Ueber 14 Jahre sind vergangen seit dem unseligen Tage, da, von ten und äußeren Versprechungen verblendet, das deutsche Volk der sten Ollter unserer Vergangenheit, des Reiches, seiner Ehre und seiner teit vergus und dabei alles verlor. Seit diesen Tagen des Verrates hat der Allmächtige unserem Volk inneren und äi höchsten Güter

Fielheit vergas und der Seinen Seinen Tagen des Verrates hat der Annachten Seinen Segen entzogen.

Zwietracht und Haß hielten ihren Einzug. In tiefster Bekümmernis sehen Millionen bester deutscher Männer und Frauen aus allen Lebensständen die Einheit der Nation dahinsinken und sich auflösen in ein Gewirt politisch eggistischer Meinungen, wirtschaftlicher Interessen und welt-

ständen die Einheit der Nation dahinsinken und sich auflösen in ein Gewirpolitisch- egoistischer Meinungen, wirtschaftlicher interessen und weit-anschaulicher Gegensätze.

Wie so oft in unserer Geschichte, bietet Deutschland seit diesem Tage der Revolution das Bild einer herzzerbrechenden Zerrissenheit. Die versorochene Gleichheit und Brüderlichkeit erhielten wir nicht, aber die Freiheit haben wir verloren. Denn dem Verfall der geistigen und willensmäßigen Einheit unseres Volkes im Innern folgte der Verfall seiner politischen Stellung in der Welt. Heiß durchdrungen von der Ueberzeugung, daß das deutsche Volk im Jahre 1914 in den großen Kampf zog, ohne Jeden Gedanken an eine eigene Schuld und nur erfüllt von der Last der Sorge, das angegriffene Reich, die Preiheit und die Existenz des deutschen Menschen verteidigen zu müssen, sehen wir in dem erschütternden Schicksal, das uns seit dem November 1918 verfolgt, nur das Ergebnis unseres inneren Verfalls. Allein auch die übrige Welt wird seitidem nicht minder von großen Krisen durchrüttett. Das geschichtlich ausgewogene Gliechgewicht der Kräfte, das einst nicht wenig beitrug zum Verständnis für die Notwendigkeit einer inneren Solidarität der Nationen, mit all den daraus resuftierenden glücklichen wirtschaftlichen Polgen, ist beseitigt. Die Wahnideu vom Sieger und Besiegten zerstört das Vertrauen von Nation zu Nation und damit auch die Wirtschaft der Welt.

Das Elend unseres Volkes aber ist entsetzlich! Dem arbeitalog gewordenen hungernden Millionen-Proletariat der Industrie folgt die Verelendung des gesamten Mittel- und Handwerkstandes. Wenn sich dieser Verfall auch im deutschen Bauern endgültig vollendet, stehen wir in einer Katastrophe von unübersehbarem Ausmaß. Denn nicht nur ein Reich zerfällt dann, sondern eine zweitzussendißhrige Erbmasse an hohen und höchsten Gütern menschlicher Kultur und Zivillsation.

### Die kommunistische Gefahr.

Die kommunistische Gefahr.

Drohend künden die Erscheinungen um uns den Vollzug dieses Verfalls. In einem unerhörten Willens- und Gewaltansturm veraucht die kommunistische Methode des Wahnsinns das in seinem Innersten erschütterte und entwürzelte Volk endgöltig zu vergitten und zu zersetzen, um es einer Zeit entgegenzutreiben, die sich zu den Versprechungen der kommunistischen Wortführer von heute noch schlimmer verhalten würde als die Zeit hinter uns zu den Versprechungen derselben Anostel im November 1918.

Angelangen bei der Familie, über alle Begriffe von Ehre und Trene. Volk und Vaterland, Kultru und Wirtschaft hinweg, bis zum ewigen Fundament unserer Moral und unseres Glaubens bleiht nichts verschont von dieser nur verneinenden, alles zerstörenden idee. 14 Jahre Marxismus haben Deutschland eruiniert. Ein Jahr Bolschewismus würde Deutschland vernichten. Die heute reichsten und schönsten Kulturgebiete der Welt würden in ein Chaos und Trümmerfeld verwandelt. Selbst das Leid der letzten anderthalb Jahrzehnte könnte nicht verglichen werden mit dem Jammer eines Europas, in dessen Herzen die rote Fahne der Vernichtung aufgezogen würde.

Die Tausende von Verletzten, die unzähligen Toten, die dieser innere Krieg schon heute Deutschland kostet, mögen ein Wetterleuchten sein der Warnung vor dem Sturme.

In diesen Stunden der übermächtig hereinbrechenden Sorgen um das Dasein und die Zukunft der deutschen Nation riet uns Männer nationaler Parteien und Ve bände der greise Führer des Weltkrieges auf noch einmal, wie einst an den Pronten, nunmehr in der Heimat in Einigkeit und Treue für des Reiches Reitung unter ihm zu kämpfen. Indem der ehrwürdige Reichspräsident uns in diesem großherzigen Sinne die Hände zum geneinsamen Bunde schloß, wollen wir als nationale Führer Gott, unserem Gewissen und unserem Volke geloben, die uns damit ühertragene Mission als nationale Regierung entschlossen und beharrlich zu erfüllen.

### Die armen Staatsmänner.

Das Erbe. das wir übernehmen, ist ein furchtbares. Die Aufgabe, die wir lösen müssen, ist die schwerste, die selt Menschengedenken deutschen Staatsmännern gestellt wurde. Das Vertrauen in uns allen aber ist unbegreugt, denn wir glauben an unser Volk und seine unvergänglichen Werld. Bauern Arbeiter und Bürger, sie milssen gemeinsam die Bausteine Hielern zum neuen Reiotrichen in der geneinsam die Bausteine Hielern zum neuen Reiotrichen in der der der unseres Volke und erste Aufgabe ansehen, die geistige und willensmäßige Einheit unseres Volkes wiedernberzustellen. Sie wird die Fundamente wahren und verteidigen, auf denen die Kraft unserer Nation beruht. Sie wird das Christentum als Basis unserer gesamten Moral, die Familie als Keimzelle unseres Volka- und Staatskörpers in ihren festen Schutz nehmen. Sie wird über Stande end Klassen hinweg unser Volk wieder zum Bewißtseln seiner volklichen und politischen Einheit und der daraus entspringenden Pflichten bringen. Sie will die Ehrfurcht vor unserer großen Vergangenheit, den Stolz auf unsere alten Traditionen zur Orundlage machen ihr die Erziehung der deutschen Jugend. Sie wird damit der geistigen, politischen und kulturellen Nihlisierung einen unbarmherzigen Krieg ansagen. Deutschland darf und wird nicht im anarchistischen Kommunismus versinken.

Sie wird an Stelle turbulenter instinkte wieder die nationale Disziplia zum Regenten unseres Lebens erheben. Sie wird dabei alle der Eturichtungen in höchster Sorgfalt gedenken, die die wahren Bürgen der Kraft und Stärke unserer Nation sind.

# Plane ohne Plan.

Die nationale Regierung will das große Werk der Reorganisation der Wirtschaft unseres Volkes mit zwei großen Vierjahresplänen lösen:
Rettung des deutschen Bauern zur Erhaltung der Ernährungs- und damit Lebensgrundlage der Nation.
Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit.
In 14 Jahren haben die November-Parteien den deutschen Bauernstand ruiniert.

ruintert.

In 14 Jahren haben sie eine Armee von Millionen Arbeitslosen geschaffen. Die nationale Regierung wird mit eiserner Entschlossenheit und zähester Ausdauer folgenden Plan verwirklichen:

Binnen 4 Jahren muß der deutsche Bauer der Vereiendung entrissen sein. Binnen 4 Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein. Gleichlaufend damit ergeben sich die Vorauszeitzungen für das Aufbiühen der übrigen Wirtschaft.

Mit dieser gigantischen Aufgabe der Sanierung unserer Wirtschaft wird die nationale Regierung verbinden die Aufgabe und Durchführung einer Sanierung des Reiches. der Länder und der Kommunen in verwaltungsmäßiger und steuertechnischer Hinsicht.

Damit erst wird der Oedanke der föderativen Erbaltung des Reiches

Damit erst wird der Oedanke der föderativen Erhaltung des Reiches blut- und lebensvolle Wirklichkelt.

Zu den Grundpiellern dieses Programms gehört der Arbeitsdienstpflicht und der Siedlungspolitik.

Die Sorge für das tägliche Brot wird aber ebenso die Sorge sein für die Erfüllung der sozialen Pflichten bei Krankheit und Alter.
In der Sparsamkeit ihrer Verwaltung, der Förderung der Arbeit, der Ethaltung unseres Bauerntums sowie der Nutzbarmachung der Initiative des Einzelnen, liegt zugleich die beste Qewahr für das Vermeiden sechs Experimentes der Gefährdung unserer Währung.

## Der Platz an der Sonne.

Außenvolitisch wird die nationale Regierung ihre höchate Mission in der Wahrung der Lebensrechte und damit der Wiedererringung der Freiheit unseres Volkes sehen. Indem sie entschlossen ist den chaotischen Zuständen in Deutschland ein Ende zu bereiten, wird sie mithelfen, in die Gemeinschaft der übrigen Nationen einen Staat gleichen Wertes und damit alterdings anch gleicher Rechte einzufügen. Sie ist dabei erfüllt von der Größe der Pflicht, mit diesem freien gleichberechtigten Volke für die Erhaltung und Festigung des Friedens einzursten, dessen die Weit heute mehr bedarf als je zuvor. Möge auch das Verständnis all der anderen mithelfen, daß dieser unser aufrichtigster Wunsch zum Wohle Europas, ia der Weltsich erfüllt.

dieser unser aufrichtigster Wunsch zum Wohle Europas, is der Weitsich erfüllt.

So groß unsere Liebe zu unserem Meere als Träger unserer Waften und Symbol unserer großen Vergangenheit ist. 30 wären wir doch begilickt, wenn die Weit durch eine Beschräukung ihrer Rüstungen eine Vermehrung unserer eigenen Waffen niemals mehr erforderlich machen würde.

Soll aber Deutschland diesen politischen und wirtschaftlichen Wiederaufstieg erleben und seine Verpflichtungen den anderen Nationen gegentiber gewissenhaft erfüllen, dann setzt dies eine entscheidende Tat voraus:

# die Ueberwindung der kommunistischen Zersetzung Deutschlands.

Wir Männer dieser Regierung fühlen uns vor der deutschen Geschichte verantwortlich für die Wiederherstellung eines geordneten Volkskürpera und damit für die endgültige Ueberwindung des Klassenwahnsians und Klassensenfes. Nicht einen Stand sehen wir, sondern das deutsche Volk, die Millionen seiner Baudrn, Bürger und Arbeiter, die entweder gemeinsam die Sorgen dieser Zeit überwinden werden oder ihnen sonst gemeinsam

# Gott segne unsere Einsicht!

Entschlossen und getreu unserem Eide wollen wir damit angealchts der Unfahigkeit des derzeitigen Reichstags diese Arbeit zu unterstützen, dem deutschen Volke seibst die Aufgabe stellen, die wir vertreten. Der Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hinde ub urg hat uns berufen mit dem Betehl, durch unsere Einmütigkeit der Nation die Möglichkeit des Wiederaufstiegs zu bringen.

Wir appellieren deshalb nunmehr an das deutsche Volk diesen Akt der Versöhnung selbst mitzuunt@rzeichnen. Die Regierung der nationalen Erhebung will arbeiten und sie wird

arbeiten.

Sie hat nicht 14 Jahre lang die deutsche Nation zugrundegerichtet, sondern will sie wieder nach oben führen. Sie ist entschlossen, in 4 Jahren die Schuld von 14 Jahren wiedergutzumachen.

Alleln sie kann nicht die Arbeit des Wiederaufbaues der Genehmigung derer unterstellen, die den Zusammenbruch verschuldeten.

Die Parteien des Marxismus und seiner Mitläufer (!) haben 14 Janre lang Zeit gehabt, ihr Können zu beweisen. Das Ergebnis ist ein Trümmerfeld.

Getreu dem Besehl des Generalseldmarschalls wollen wir beginnen. Möge der allmächtige Gott unsere Arbeit in seine Gnade nehmen, unseren Willen recht gestalten, unsere Einsicht segnen und uns mit dem Vertragen unseres Volkes beglücken. Denn wir wollen nicht kämnsen sür uns, sondern für Deutschland!

(gcz.) Adolf Hitler, von Papen, Frhr. v. Neurath, Dr. Frick, Graf Schwerin v. Krosigk. Dr. Hugenberg, Seldte, Dr. Gürtner, von Blomberg. Frhr. v. Eltz-Rübenach, Göring, Dr. Gereke.

Nun, deutsches Volk, gib uns die Zeit von 4 Jahren und dann urteile

# Höchstens "geringfügige" Aenderungen.

Wie die Telegraphen - Union berichtet, hat die "zuständige Stelle" auf die Frage, ob im bevorstehenden Wahlkampf allen politischen Parteien die gleichen Rechte eingeräumt werden würden, geantwortet, dies würde der

wenn nicht besondere Gründe zu Tage treten würden,

die dies unmöglich machen.

Von Aenderungen des Wahlgesetzes sei nichts bekannt, wenn es dazu kommen würde, würde es sich höchstens um "geringfügige" Aenderungen handeln, nicht um Aenderung des Wahlalters oder um besondere Vorzüge für irgendwelche

Die erste "geringfügige" Aenderung ist bereits bekanntgegeben worden: "Um dem Unwesen der Splitterparteien zu steuern", sind in Zukunft für die Zulassung einer Partei zur Reichstagswahl nicht mehr 500, sondern 60 000 Unterschriften

erforderlich.

# Der Rachefeldzug gegen die Arbeiterschaft.

Der kommissarische preußische Innenminister Goering hat für ganz Preußen alle Demonstrationen der Kommunistischen Partei und der ihr angeschlossenen Organisationen verboten.

Um die Aggressivität der Regierung gegen die linke Arbeiterschaft besonders zu unterstreichen, hat am Donnerstag morgen die Berliner Polizei mit einem starken Aufgebot das Karl Liebknecht-Haus besetzt.

Auch die für nächsten Sonntag angesetzte Demonstration der Eisernen Front im Lustgarten ist vom Berliner Polizeipräsidenten verboten worden.

Die an anderer Stelle wiedergegebene Regierungserklärung ließ bereits vermuten, wie das bei ihren Unterzeichnern im übrigen als selbstverständlich vorausgesetzt werden kann. daß das einzige, worüber diese sich klare Gedanken gemacht hätten, die Vernichtung der Arbeiterbewegung sei.

Erhärtet wird diese Vermutung durch den Donnerstag-Leitartikel des Scharfmacherblattes, die "Berliner Börsen-Zeitung", die in verlogener Unverfrorenheit zu schrejben

"Es muß erwartet werden, daß die Reichsregierung keine Anstrengung scheut, um dem Wahlterror der Linken mit allen Mitteln des Staates entgegenzutreten. Dies ist besonders auch deshalb notwendig, weil dem Auslande gezeigt werden muß, daß der Kurs der neuen deutschen Regierung von stetiger Kraft getragen ist, die die Ruhe im Lande gewährleistet."

Dieses nationalistisch-imperialistische Käseblatt entblödet sich also nicht, in seiner Tolpatschigkeit auch noch offen zuzugeben, daß die deutsche Regierung sich mit den Kommunistenverfolgungen bei den nichtdeutschen Imperialisten einfach als Hausknecht gegen den Bolschewismus (und wenn seine Vertreter auch "deutsche Volksgenossen" eind) anschmieren sollte. Daß sie im übrigen gegen einen soliden Verfassungsbruch nichts haben, wiesen wir von dieser Seite längst. Sie stellen es erneut unter Beweis, indem sie die Fragen des Zentrums an die Reichsregierung einfach als von vornherein auf die Sprengung der Regierung bedacht hinstellen, womit sie offen zugeben, daß sie für eine Tätigkeit im Sinne der Zentrumsfragen nicht zu haben sind. Sie stellen es auch positiv unter Beweis, indem sie offen schreiben:

"Die absolute Mehrheit muß erreicht werden, damit die nationale Regierung Hitler-Papen -

deren Bestand im übrigen durch den Ausgang der Wahlen

in keiner Weise berührt werden darf und wird einen Reichstag hat, von dem sie in ihrer Arbeit nicht gestört wird."

Auch in Thüringen und Anhalt sind alle Demonstrationen der KPD und ihrer Nebenorganisationen verboten worden. In Thuringen sind außerdem alle regierungsfeindlichen Versammlungen verboten.

Der Gegner der Arbeiterschaft ist also zum Rechts- und Verfassungsbruch und zu allen Schritten der Vernichtung der Arbeiterbewegung bereit. Gehindert wird er zunächst nur noch durch die Rücksicht auf die Stürke der Arbeiterbewegung. Je zurückhaltender, und also feiger, sich diese zeigt, um so frecher wird er selber werden.

Ein einziges Mittel gibt es gegen ihn:

die Herstellung der "Roten Eisernen Front!"

# Die Fragen des Zentrums.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages veröffentlicht nuńmehredie wonnihrean die Reichsregierung gerichteten Fragen. Sie fragen:
1. Die Zentrumspartel wünscht über das Arbeitsprogramm

der neuen Regierung genau unterrichtet zu sein.

2. Besonders wichtig wäre die Klärung folgender Einzel-

fragen:

a) Welche Sicherheiten können seitens der Reichregierung dafür gegeben werden, daß ihre Maßnahmen sich im Rahmen der Verfassung halten?

b) Ist die Reichsregierung insbesondere bereit, bindende Zusicherungen zu geben dafür, daß nicht auf Grund des sogenannten Staatsnotstandes verfassungswidrige Maßnahmen ergriffen werden? c) Ist die Reichsregierung bereit, die baldige Rückkehr zu

normalen verfassungsrechtlichen Verhältnissen in Preußen zuzusagen, und in welcher Weise will sie diese Normalisierung durchführen? d) Ist die Reichsregierung bereit, im Interesse des bäuer-

lichen Berufsstandes wie auch aus volks- und nationalpolitischen

Gründen die Wiederaufnahme des umfassenden Siedlungewerkes in Angriff zu nehmen und gegen alle Widerstäffde derfolizuführen?

e) Ist die Reichsregierung bereit, die größten sozialen Härten der Notverordnungen zu beseitigen und welche Einzel-maßnahmen in dieser Richtung sind von ihr vorgesehen?

f) Ist es richtig, daß das Arbeitsministerium abgebaut werden soll und wesentliche Teile seiner Zuständigkeiten dem neuernannten Krisenminister unterstellt werden sollen?

g) Gedenkt die Regierung, das Koalitionsrecht im ble-herigen Umfange aufrechtzuerhalten?

h) Wie steht die Reichsregierung zur Erhaltung der deutschen Sozialversicherung und des Tarifvertragsrechtes?

i) Wie denkt die Reichsregierung, einen gerechten Ausgleich zwischen der Förderung des deutschen Binnenmarktes und der lebensnotwendigen Ausfuhr zu sichern?

k) Ist die Reichsregierung bereit, Sicherungen dafür zu schaffen, daß jede Form von Inflation unterbleibt und finanzpolitische Experimente, die von gewisser Seite privat propagiert werden, wirksam abgewehrt werden?

# Vizekanzier zur besonderen Verwendung.

Wie mitgeteilt wird, war Herr von Papen am Mittwoch beim Vortrag Hitlers beim Reichspräsidenten obenfalle zugegen. Diese ständige Begleitung Hitlers durch von Papen ist so aufgefallen, daß die der Regierung nahestehende "Deutsche Allgemeine Zeitung" sich veranlaßt sieht, mitzuteilen: "Es ist daran nichts Außergewöhnliches zu erblicken, denn in früheren Reichskabinetten hat es nur selten einen Vizekanzler gegeben, und die mit diesem Amt betrauten Persönlichkeiten haben meistens nicht eine so wichtige, auf das persönliche Vertrauen des Reichspräsidenten gestützte Stellung gehabt wie Herr von Papen."

# Um die Auflösung des preußischen Landtags.

Der nationalsozialistische Antrag auf Auflösung des preu-Bischen Landtags und die Einberufung des Landtages bereits auf Sonnabend, den 4. Februar, ist den Abgeordneten der meisten übrigen Parteien völlig überraschend gekommen. Wie die Telegraphen-Union hört, gilt es beziiglich der Sozialdemokraten als sicher, bezüglich des Zentrums als wahrscheinlich. daß diese beiden Parteien gegen den Auflösungsantrag stimmen werden. In gleichem Sinne werden sich voraussichtlich die Kommunisten entscheiden. Sie werden, wie es heißt, die im Gegensatz zu ihrer bisherigen Haltung stehende Stellungnahme mit ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen die Bestrebungen der Nationalsozialisten begründen. Unter diesen Umständen würde aber der nationalsozialistische Antrag keine Mehrheit finden.

Der preußische Landtag besteht gegenwärtig aus 423 Mitgliedern, von denen die Sozialdemokraten, das Zentrum und die Kommunisten zusammen mit 217 Abgeordneten die Mehrheit stellen. Da man wohl auch die beiden Stimmen der Staatspartei und die Stimme des Abgeordneten Hörsing (Sozialrepublikanische Partei) in diese Front einreihen kann, so würden eich gegen den Auflösungsantrag 220 Stimmen ergeben. Auf der anderen Seite stehen die Nationalsozialisten mit 162 und die Deutschnationalen mit 31 Mandaten, zusammen mit 193

Stimmen für die Auflösung. Mit den restlichen 10 Stimmen (DVP 7, Volksdienst 2, Deutsch-hannoversche Partei 1) kann nicht ohne weiteres für oder gegen den Auflösungsantrag ge-

# Sie fühlen sich als die Herren. Unverschämte Amtsausübung der Nazis.

Im Hauptausschuß des preußischen Landtages beantragte der Vorsitzende, Abg. Hinkler, am Mittwoch, die weiteren Beratungen des Ausschusses auszusetzen, da infolge einer bald zu erwartenden Auflösung des Landtages die Arbeiten des Ausschuses zwecklos seien. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Kommunisten gegen die Stimmen der Nationalsozialisten abgelehnt. Die Deutschnationalen waren bei dieser Abstimmung nicht anwesend.

Darauf wurden die Beratungen fortgesetzt. Bald darauf brachten auch die Deutschnationalen einen Antrag auf Vertagung des Ausschusses im Hinblick auf die am Sonnabend bevorstehende Entscheidung über die Auflösung des Landtages ein. Nach längerer Geschäftsordnungsaussprache

brach der Vorsitzende, Abgeordneter Hinkler, (Nat.-Soz.) die Sitzung ab, ohne daß eine Abstimmung über den deutschnationalen Antrag stattgefunden hatte.

# Reichstagsauflösung.

Der Reichspräsident hat unterm 1. Februar verordnet:

"Nachdem sich die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt hat, löse ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf, damit das deutsche Volk durch Wahl eines neuen Reichstages zu der neugebildeten Regierung des nationalen Zusammenschlusses Stellung nimmt. Berlin, 1. Februar 1933."

Durch eine weitere Verordnung wird als, Wahltermin der 5. März 1933 bestimmt.

# Notlage oder imperialistische Gier?

# Ueber die Ursachen des japanischen Vorstoßes.

Dem neuesten "Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich" ontnehmen wir einige Ziffern über japanische und chinesische Wirtschaftsverhältnisse:

Die Kohlenvorräte werden geschätzt

für China auf 217 Milliarden Tonnen,

für Japan auf 71/2 "

Die Kohlengewinnung aber betrug im Jahre 1929 16 Millionen Tonnen

in China in Japan (nebst

Herrschaftsgebieten) 46

Die Eisenerzgewinnung betrug im Jahre 1930

in China 1,7 Millionen Tonnen

in Japan 0,7 12

Aber die Einfuhr von Eisenerzen betrug im Jahre 1931 nach Japan 1,7 Millionen Tonnen

die Ausfuhraus China 0,6

und die Einfuhr von Roheisen stellte sich im gleichen Jahre für Japan auf 0,5 Millionen Tonnen für China auf 0,02

gleichzeitig aber führte China 0,3 Millionen Tonnen Rohoisen aus.

Diese Zahlen zeigen etwas von der

Bedeutung des an Bodenschätzen reichen Chinas für Japan.

In diesem Zusammenhang sind die Eisenbergwerke von Taje bei Hankau wichtig, die auf dem Wasserwege vom Yangtse aus zugänglich sind. Die Erze werden in Hanjang bei Hankau verhittet. Das eisenarme Industrieland Japan hat es verstanden, diese Berg- und Hüttenwerke großenteils von sich abhängig zu machen. Aehnlich eng ist die wirtschaftliche Verknüpfung zwischen koreanischem Eisen und Fuschun-Kohle in der Südmandschurei. Des weiteren hat Japan großen Einfluß auf die Bergrechte in der Mongolei und der Provinz Schantung.

Betrachten wir noch einige Ziffern aus dem Gebiet der verarbeitenden Industrie, aus der

Baumwollindustrie:

Die Zahl der Baumwollspindeln betrug am 31. Juli 1931

in China 4,1 Millionen, in Japan 7,3 Millionen.

An Baumwollgarnen wurden hergestellt 466 Tausend Tonnen in Japan (1931)

gegen

in Großbritannien (1930) in Indien (1930) 393 in Deutschland (1928). 355

Aber: an entkörnter Baumwolle wurden gewonnen 1930/31

in China 5,3 Millionen Doppelzentner,

im eigentlichen Japan so gut wie nichts, in Korea 0,3 Millionen Doppelzentner.

Die Handelsbeziehungen zwischen Japan und China sind trotz der kriegerischen Verwicklungen sehr eng. China bezieht etwa 24 Prozent seiner Einfuhr aus Japan und sendet etwa 21 Prozent seiner Ausfuhr nach Japan. China erhält etwa 32 Prozent der japanischen Ausfuhr an Baumwollwaren. Japan hat in China etwa 435 Millionen Yen, in der Mandschurei etwa 2 Milliarden Yen 1) angelegt.

Diese Zahlen illustrieren die Feststellung des Lytton-

"Japans (wirtschaftliche) Abhängigkeit von China ist größer als die Chinas von Japan. Japan ist verwundbarer und hat mehr bei gestörten Bezichungen zu verlieren."

Die chinesische Boykottbewegung hat in den vergangenen Jahren den japanischen Handel vielfach stark beeinträchtigt. Und doch: "Trotz solcher Störungen beweist der Handel zwischen beiden (Ländern), ... daß unter der Schwelle des Bewußtseins ein zwingendes wirtschaftliches Band liegt ...." (Lytton-Bericht.)

1) Der Yen hatte nach der Notierung an der New Yorker Börse einen Wert von 49 Dollarcents im September 1931 zur Zeit des Einfalls in die Mandschurei. Ein Jahr später hatte er davon über die Hälfte eingebüßt und stellte sich auf 24 Cents. Jetzt ist er etwa 87 Pfennig wert.

Nicht auch von den Chinesen einsehbare wirtschaftspolitische Notwendigkeiten zwingen Japan zur Eroberung der Mandschurei. Nicht ein unableitbarer Bevölkerungsdruck zwingt es zur Besiedelung dieses Landes. Militärische und rüstungsindustrielle Gründe haben das mandschurische Abenteuer ins Werk gesetzt und sind im Begriff, es weiter zu treiben nach Nordchina hinein. Darüber hinaus lockt die japanischen Kapitalisten der mandschurische Absatzmarkt, obwohl er nur beschränkt ist. Die Schätze der Mandschurei an Kohle, Soyabohnen. Holz, Kaoliang (einer Getreidesorte) u. s. w. sind ein Anziehungspunkt für die imperialistischen Profitjäger, die sich den Vorrang in diesem aufstrebenden Land sichern wollen, das so groß ist wie Deutschland und Frankreich zusammen.

Also: imperialistische Gier treibt die japanischen Macht-

### ... und für China.

Für die Chinesen hingegen ist die Mandschurei die sogenannte "Kornkammer": ein Land der Saisonarbeit und der Dauersiedlung. Die Geldsendungen der chinesischen Siedler aus der Mandschurei in die Heimat fallen sehr ins Gewicht. Als Siedlungsland aber ist die Mandschurei für die Abermillionen vom Boden ausgesperrter Chinesen von ungeheurer Bedeutung, da dieses Land mehr als die doppelte Zahl der jetzt dort lebenden Menschen ernähren kann.

In China selber wächst das Großgrundeigentum und somit die Bodensperre sogar jetzt in der Weltkrise. Das zeigt eine Meldung aus der Provinz Szechuan, einer verhältnismäßig abgelegenen und wirtschaftlich unabhängigen landwirtschaftlichen Provinz mit 60 Millionen Einwohnern und großen Entwicklungsmöglichkeiten. Hier sind 30 Prozent der Gesamtfläche in der Hand der Großgrundeigentümer. Die Generale, Offiziere und Beamten nutzen die jetzige Notlage der verarmten Bauern aus, um ihren Familienbesitz in den fruchtbaren Gebieten um Chengtu und am Min-Fluß zu vergrößern, indem sie Land hinzukaufen. Der Kaufpreis ist unter diesen Umständen sehr niedrig, wird jedoch vielfach noch weiter herabgesetzt durch Ausübung militärischen und behördlichen Druckes.

Was hier über Szechuan gemeldet wird, gilt wohl auch für andere Provinzen Chinas. Deshalb wird trotz Losreißung der Mandschurei von China der Wanderstrom chinesischer Massen dorthin nicht aufhören.

"Wenn Japan aber nicht in fünf oder zehn Jahren eine Massenkolonisation fertig bringt, wird ihm die Mandschurei schließlich verloren gehen, ob sie jetzt entwehrt wird (von chinesischen Truppen. K. H.) oder nicht."

Dieses Wort eines klugen Japaners offenbart wiederum die Verlogenheit des japanischen Arguments von dem "Volk ohne Raum". Es sind andere Gründe, die den japanischen Vorstoß nach der Mandschurei, nach Schanghai und jetzt nach Nordchina yeranlast haben. Gekränkter Ehrgeiz — gekränkt dürch die Einwanderungsbeschränktingen Fünd um den pasifischen Ozean -; militaristischer Uebermut; rüstungsindustrictle und kapitalistisch-imperialistische Profitsucht!

All dies eind entscheidende Ursachen.für das mandschurische Abenteuer der Japaner. Und doch ist die Ursachenreihe damit noch nicht erschöpft. Der imperialistische Vorstoß in den mandschurischen Raum wurde von der japanischen Herrenschicht und ihrer faschistischen Regierung nicht ganz freiwillig vorgenommen.

Die japanische Herrenklasse sah ihre Existenz bedroht, politisch und wirtschaftlich. In diesem Sinn ist der mandschurische Vorstoß ein Existenzkampf. Ein Kampf um die Existenz der japanischen Schmarotzerschicht, nicht des japanischen Volkes!

Die Bedrohung liegt einmal in den chinesischen Verhältnissen (über sie haben wir im Leitartikel der Nr. 808 berichtet), zum andern aber in den Verhältnissen in Japan: der furchtbaren Krise, dem Elend der hungernden Bauern-Karl Hinkel.

# Die Wanderungs- und Siedlungsfrage.

"Auswanderungsschwierigkeiten bereiten den Weg für einen neuen Krieg, einen größeren Krieg als den letzten." (Albert Thomas.)

Immer wieder wird von den Japanern behauptet, daß die Uebervölkerung sie zwinge, nach neuem Siedlungsland Ausschau zu halten. Wir wollen hier nicht untersuchen, ob sich hieraus ein Recht Japans herleiten ließe zu dem Ueberfall auf die Mandschurei und Nordehina. Wir wollen die Tatsachen prüfen, ob tatsächlich ein Wanderdruck der japanischen Bevölkerung nach der Mandschurei hin vorhanden ist. Wenn dies nicht der Fall iet, dunn wird die Prüfung jener Rechtsfrage liberfittesig. In Jupan leben 185 Menschen auf einem Quadratkilometer,

im japanischen Stammland 169. Aber in Belgien kommen auf einen Quadratkilometer sogar 266 Einwohner, in England 265, in Holland 231. China ist in einer ganzen Reihe von Provinzen viel dichter bevölkert als Japan: in der Provinz Honan leben 177 Menschen auf einem Quadratkilometer Land, in Schantung 215, in Tschekiang 234, in Kiangsu 342.

Australien hingegen ist menschenleer, dort kommen 0,8 Personen auf den Quadratkilometer. In Neusceland leben 5 Personen, in Kanada lebt 1 Person auf dem Quadratkilometer. In Zentral- und Südamerika liegen die Dinge ähnlich. Die Einwanderung nach den USA, Kanada, Australien und Neuseeland ist den Japanern verboten. Diese

Einwanderungssperre, besonders das Einwanderungsgesetz der USA vom Jahre 1924, werden von den Japanern nicht nur als wirtschaftliche Hommung betrachtet, sondern als Beleidigung und Ehrverletzung:

... die verletzende Ausschlußgesetzgebung ... ist keine Wanderfrage mehr, sondern eine grundsätzliche: Japan verlangt gleiches Recht!" Das sagte der Japaner Kawasaki, der als erster Dolmetscher mit der Völkerbundskommission durch die Mandschurei zog. Und der japanische Diplomat Yoshitoni hat einmal gesagt: "Wenn die USA Frieden im Pazifischen Ozean wünschten, müsse die Frage der japanischen Einwanderung revidiert werden."

So hart diese Einwanderungsgesetzgebung die Japaner trifft, so unberechtigt sie ist, sie trifft die Inder, Malaien und Chinesen ebenso. Nein: sie trifft die Chinesen härter als die Japaner!

Sehen wir zu:

Die überseeische Auswanderung der Chinesen nach dem Süden ist seit langem sehr stark, nach dem japanischen Formosa und den südlichen Inselgruppen und Küstenländern bis hinein in die malaiische Welt. Die Zahl der Chinesen in Uebersee betrug 1927 etwa 10 Millionen. Die Zahl der damals - trotz der amerikanischen Einwanderungsverbote! - auf die Philippinen hineingeschmuggelten Südchinesen aus Kanton wird auf 2000 monatlich geschätzt. 90 Prozent des Zwischenhandels dieser Inselgruppe sind in chinesischer fland. Zwei Drittel der Einwohnerzahl von Singapore und Penang sind Chinesen. Die Chinesen stellen den Arbeiterersatz für die Zinn- und Gummibetriebe auf der Malaien Halbinsel. Sie bilden in Siam eine starke Minderheit von 41/4 Millionen unter insgesamt 11 Millionen Einwohnern. Sie dringen ein in Niederländisch-Indien und machen in Französisch-Indochina 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung aus.

Was hat es gegenüber diesen Ziffern zu sagen, wenn 1930 insgesamt 700 000 Japaner im Ausland leben! (140 000 in den USA, 100 000 in Brasilien, nur 230 000 in der Mandschurei, 130 000 in Havai und etwa ebensoviel in Australien und auf den Südseeinseln.

Die Bevölkerungsvermehrung ist in Japan sehr stark. Die Einwohnerzahl des alten Stammlandes betrug:

55,96 Millionen, 1925: 59.74 Millionen. 1930: 64.45 Millionen.

"Japan . . ermuntert aber seine Bevölkerung, für den nötigen Nachwuchs zu sorgen. . . Die Idee der Geburten-

regelung ist in Japan unbekannt, und sollte sie dort Eingang finden, so wird sie als "gefährlicher Gedanke" zweifellos sofort unterdrückt werden ....

Das schrieb vor wenigen Tagen die "Frankfurter Zeitung". Und sie wies gleichfalls darauf hin, daß in Formosa, in Hokkaido (Insel Yesso) und auf Sachalin noch bedeutende Möglichkeiten zur Ansiedlung japanischer Bevölkerungsteile und zur Fruchtbarmachung des Landes vorhanden sind. Aber auch im japanischen Stammland sind noch Gebiete vorhanden, die bei intensiver und moderner Bewirtschaftung ertragreich gemacht und der Beeiedlung erschlossen werden können. Dazu würe allerdings notwendig, daß der japanische Staat den verelendeten hungernden Bauern hilft, statt alle Mittel für Rüstungen und Krieg zu verschwenden.

Wenn schon von starkem Volks- und Wanderdruck gesprochen wird, um aus ihm wirtschaftspolitische Folgerungen zu ziehen, so ergibt sich die Tatsache, daß

der chinesische Wanderdruck bedeutend stärker ist als der japanische.

Das gilt in Richtung nach dem Süden, Südwesten und Osten. Das gilt aber auch ganz besonders in Richtung auf die Man-

# Die Bedeutung der Mandschurel für Japan . . .

Die Zahl der Japaner in der Mandschurei stellt sich, wie bereits gesagt, auf 230 000 Personen gegenüber 32 Millionen Chinesen. In dem Vierteljahr Februar-April 1927 sind aus den chinesischen Nordlandschaften etwa 800 000 chinesische Siedler in die Mandschurei eingeströmt. Im Jahre 1931 sind es angeblich etwa 2 Millionen Chinesen gewesen. Der Einwanderungsplan der japanischen Militärbehörden sieht vor, in 10 Jahren 500 000 japanische Siedler in der Mandschurei anzusiedeln. Das ist ein Nichts gegenüber dem chinesischen Wanderstrom! Allerdings wollen die Japaner diesen chinesischen Zuzug zur Mandschurei unterbinden und - nach einer Art nationalsozialistischem Eiedlungsprogramm - von Japan aus die gruppenweise Ansiedlung von jeweils 300 bis 500 "wehrhaften" Siedlern organisieren. Aber das sind bisher nur Plane. Tatsächlich bearbeiten bis heute von jener Viertelmillion japanischer Bewohner der Mandschurei nur 9000 die Bodenschätze und nur 3000 das Land der gelben Erde!

Die Mandschurei ist also nicht das unerläßlich notwendige Siedlungsland für Japan, als das es von dessen Machthabern immer wieder hingestellt wird. Auch die handelspolitische Bedeutung der Mandschurei für Japan wird meist übertrieben. Japan bezieht von dort vor allem Soyabohnen. Aber das Nahrungsproblem ist für Japan seit der Eroberung von Korea und Formosa nicht mehr brennend. Es kann also nicht mehr gut als Vorwand für seinen mandschurischen Vorstoß herhalten. Umso mehr wird die Bedeutung der Mandschurei als Quelle mineralischer Rohstoffe genannt, die für die militärische Unabhängigkeit angeblich unerläßlich sind.

Wenn diese Gründe den mandschurischen Vorstoß rechtfertigen würden, dann rechtfertigten eie auch, daß die Japaner halb China gleich mit in Besitz nehmen. Denn im Verhältnis zu den Bedürfnissen der japanischen Industrie sind Kohle und Eisen in der Mandschurei nicht genügend vorhanden. Eisen wird dort vorerst nur mit Verlusten erzeugt. Allerdings: die Japaner bauen die Werke aus militärischen Gründen mit größter Energie aus. Und die japanische Rüstungsindustrie wird dann bedeutend unabhängiger vom ausländischen Rohstoffbezug sein als bisher.

Wenn jedoch das Ziel der militärischen und rüstungsindustriellen Unabhängigkeit Japans die Ursache des Vorstoßes in die Mandschurei gewesen ist, dann ist es verständlich, daß Japan nicht Halt macht an den Grenzen dieses Landes; daß es vielmehr jetzt vordringt nach Nordchina. Denn was sind da erst für Mineralschätze vorhanden! - C

# Einige Folgen des japanischen Vorstoßes und des chinesischen Boykotts.

Telegramm uus Tokio: Der neue japanische Etat weist bei einer Gesamtsumme von rund 2 200 Millionen Yen (1 Yen = 87 Pfennig) einen Fehlbetrag von 900 Millionen Yen auf; das sind mehr als 40 Prozent. - Für Deckung wird gesorgt durch Inflation.

Telegramm aus London: Die englische Kunstseidenindustrie fordert wegen des japanischen Schleuderexports an Kunstseide eine scharfe Erhöhung der Kunstseidenzölle.

Meldung aus dem Ruhrgebiet: Die japanischen Eisengießereien in der Südmandschurei haben angefangen, ihre Erzeugnisse in Deutschland anzubieten, und zwar zu einem Preis. der 10 Prozent unter den deutschen Syndikatspreisen liegt.

Meldung aus den USA: Trotz des hohen Zolltarifs wächst die Konkurrenz japanischer Fischkonserven, die so schlecht sind, daß sie in Japan nicht gegessen würden. Aber sie sind unglaublich billig.

## USA

· Schrumpfender Außenhandel: Der gesamte Außenhandel beträgt 1932 nur noch ungefähr die Hälfte des Außenhandels im Jahre 1929; seit 1905 war der Außenhandel nie so niedrig.

1931 (Millionen Dollar) Ausfuhr . 1618 Einfuhr . 1323 Ausfuhrüberschuß. 295

## POLEN

Zahlungseinstellungen bei der Angestelltenversicherung: Die drei polnischen Angestellten-Versicherunge-Institute haben teilweise ihre Zahlungen eingestellt. Da ihre Bargeld-mittel nahezu erschöpft sind und ihre in Wertpapieren der Staatsbanken angelegten Reserven nicht flüssig zu machen sind, zahlen sie vorläufig nur noch 40 Prozent der gesetzlichen Unterstützungssätze an-die bei ihnen versicherten arbeitslosen Angestellten.